

1719 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XX. GP

Nachdruck vom 20. 5. 1999

Regierungsvorlage

ABKOMMEN

zwischen der Republik Österreich und Bosnien und Herzegowina über soziale Sicherheit

**Die Republik Österreich
und**

Bosnien und Herzegowina,

von dem Wunsche geleitet, die gegenseitigen Beziehungen zwischen den beiden Staaten auf dem Gebiet der sozialen Sicherheit zu regeln,

sind übereingekommen, folgendes Abkommen zu schließen:

Abschnitt I

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1

Begriffsbestimmungen

(1) In diesem Abkommen bedeuten die Ausdrücke

1. "Rechtsvorschriften"
die Gesetze, Verordnungen, Satzungen und sonstige allgemein rechtsetzende Akte, die sich auf die in Artikel 2 Absatz 1 bezeichneten Zweige der sozialen Sicherheit von Österreich und von Bosnien und Herzegowina und seinen Entitäten beziehen;
2. "zuständige Behörde"
die Bundesminister oder Ministerien, die mit der Anwendung der in Artikel 2 Absatz 1 angeführten Rechtsvorschriften betraut sind,
3. "Träger"
die Einrichtung oder die Behörde, der die Durchführung der in Artikel 2 Absatz 1 bezeichneten Rechtsvorschriften oder eines Teiles davon obliegt;
4. "zuständiger Träger"
den Träger, bei dem eine Person im Zeitpunkt des Antrages auf Leistung versichert ist oder gegen den sie einen Anspruch auf Leistungen hat oder noch hätte, wenn sie sich im Gebiet des Vertragsstaates, in dem sie zuletzt versichert war, aufhalten würde;
5. "Wohnort"
den Ort des gewöhnlichen Aufenthaltes;
6. "Aufenthalt"
den vorübergehenden Aufenthalt;
7. "Familienangehöriger"
einen Familienangehörigen nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, in dem der Träger, zu dessen Lasten die Leistungen zu gewähren sind, seinen Sitz hat;
8. "Versicherungszeiten"
Beitragszeiten, Beschäftigungszeiten und gleichgestellte Zeiten, die nach den Rechtsvorschriften der beiden Vertragsstaaten als solche gelten;
9. "Geldleistung", "Rente" oder "Pension"
eine Geldleistung, Rente oder Pension einschließlich aller ihrer Teile aus öffentlichen Mitteln, aller Zuschläge, Anpassungsbeträge und Zulagen sowie Kapitalabfindungen und Zahlungen, die als Beitragserrstattungen geleistet werden.

(2) In diesem Abkommen haben andere Ausdrücke die Bedeutung, die ihnen nach den Rechtsvorschriften der beiden Vertragsstaaten zukommt.

Artikel 2

Sachlicher Geltungsbereich

- (1) Dieses Abkommen bezieht sich
1. auf die österreichischen Rechtsvorschriften über
 - a) die Krankenversicherung,
 - b) die Unfallversicherung,
 - c) die Pensionsversicherung mit Ausnahme der Sonderversicherung für das Notariat,
 - d) das Arbeitslosengeld;
 2. auf die Rechtsvorschriften von Bosnien und Herzegowina über
 - a) die Gesundheitsversicherung und den Gesundheitsschutz,
 - b) die Versicherung bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten,
 - c) die Pensions- und Invalidenversicherung,
 - d) die Arbeitslosenversicherung.

(2) Dieses Abkommen bezieht sich auch auf alle Rechtsvorschriften, welche die in Absatz 1 bezeichneten Rechtsvorschriften zusammenfassen, ändern oder ergänzen.

Artikel 3

Persönlicher Geltungsbereich

Dieses Abkommen gilt

- a) für Personen, für die die Rechtsvorschriften eines oder beider Vertragsstaaten gelten oder galten;
- b) für andere Personen, soweit diese ihre Rechte von den in Buchstabe a bezeichneten Personen ableiten.

Artikel 4

Gleichbehandlung

(1) Bei Anwendung der Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates stehen, soweit dieses Abkommen nichts anderes bestimmt, dessen Staatsangehörigen die Staatsangehörigen des anderen Vertragsstaates gleich.

- (2) Absatz 1 berührt nicht
- a) die Rechtsvorschriften der beiden Vertragsstaaten betreffend die Mitwirkung der Versicherten und der Dienstgeber in den Organen der Träger und der Verbände sowie in der Rechtsprechung im Bereich der sozialen Sicherheit;
 - b) Versicherungslastregelungen in zwischenstaatlichen Verträgen der Vertragsstaaten mit anderen Staaten;
 - c) die Rechtsvorschriften der beiden Vertragsstaaten betreffend die Versicherung der bei einer amtlichen Vertretung eines der beiden Vertragsstaaten in Drittstaaten oder bei Mitgliedern einer solchen Vertretung beschäftigten Personen.

(3) Absatz 1 gilt hinsichtlich der österreichischen Rechtsvorschriften über die Berücksichtigung von Kriegsdienstzeiten oder diesen gleichgestellten Zeiten nur für Staatsangehörige von Bosnien und Herzegowina, die unmittelbar vor dem 13. März 1938 die österreichische Staatsangehörigkeit besaßen.

Artikel 5

Leistungstransfer

(1) Soweit dieses Abkommen nichts anderes bestimmt, dürfen Pensionen, Renten und andere Geldleistungen mit Ausnahme der Leistungen bei Arbeitslosigkeit, auf die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates Anspruch besteht, nicht deshalb gekürzt, geändert, zum Ruhen gebracht, entzogen oder beschlagnahmt werden, weil der Berechtigte im Gebiet des anderen Vertragsstaates wohnt.

- (2) Absatz 1 bezieht sich nicht
- a) auf die Ausgleichszulage nach den österreichischen Rechtsvorschriften;
 - b) auf die Schutzzulage nach den Rechtsvorschriften von Bosnien und Herzegowina.

Abschnitt II

Bestimmungen über die anzuwendenden Rechtsvorschriften

Artikel 6

Allgemeine Regelung

(1) Die Versicherungspflicht einer erwerbstätigen Person richtet sich, soweit die Artikel 7 und 8 nichts anderes bestimmen, nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, in dessen Gebiet die Erwerbstätigkeit ausgeübt wird. Dies gilt bei Ausübung einer unselbständigen Erwerbstätigkeit auch dann, wenn sich der Wohnort des Dienstnehmers oder der Sitz des Dienstgebers im Gebiet des anderen Vertragsstaates befindet.

(2) Für Beamte und ihnen gleichgestellte Personen gelten die Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, bei dessen Verwaltung sie beschäftigt sind.

Artikel 7

Besondere Regelungen

(1) Wird ein Dienstnehmer von einem Unternehmen mit Sitz im Gebiet eines der Vertragsstaaten in das Gebiet des anderen Vertragsstaates entsendet, so sind bis zum Ende des 24. Kalendermonates nach dieser Entsendung die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaates weiter anzuwenden, als wäre er noch in dessen Gebiet beschäftigt.

(2) Wird ein Dienstnehmer eines Luftfahrtunternehmens mit dem Sitz im Gebiet eines Vertragsstaates aus dessen Gebiet in das Gebiet des anderen Vertragsstaates entsendet, so sind die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaates weiter anzuwenden, als wäre er noch in dessen Gebiet beschäftigt.

(3) Die Besatzung eines Seeschiffes sowie andere nicht nur vorübergehend auf einem Seeschiff beschäftigte Personen unterliegen den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, dessen Flagge das Schiff führt.

Artikel 8

Diplomatisches und konsularisches Personal

(1) Für Mitglieder der diplomatischen Vertretungen oder konsularischen Dienststellen und für private Hausangestellte im Dienst von Mitgliedern dieser Vertretungen oder Dienststellen, die in das Gebiet des anderen Vertragsstaates entsendet werden, gelten die Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, aus dem sie entsendet werden.

(2) Für die in Absatz 1 bezeichneten Dienstnehmer, die nicht entsendet sind, gelten die Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, in dessen Gebiet sie beschäftigt sind. Soweit sie Staatsangehörige des anderen Vertragsstaates sind, können sie jedoch binnen drei Monaten nach Beginn der Beschäftigung die Anwendung der Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates wählen.

Artikel 9

Ausnahmen

(1) Auf gemeinsamen Antrag des Dienstnehmers und seines Dienstgebers können die zuständigen Behörden der beiden Vertragsstaaten einvernehmlich Ausnahmen von den Artikeln 6 bis 8 vereinbaren, wobei auf die Art und die Umstände der Beschäftigung Bedacht zu nehmen ist.

(2) Gelten für einen Dienstnehmer nach Absatz 1 die Rechtsvorschriften des einen Vertragsstaates, obwohl er die Beschäftigung im Gebiet des anderen Vertragsstaates ausübt, so sind die Rechtsvorschriften so anzuwenden, als ob er diese Beschäftigung im Gebiet des ersten Vertragsstaates ausüben würde.

Abschnitt III

Besondere Bestimmungen

Kapitel 1

Krankheit und Mutterschaft

Artikel 10

Zusammenrechnung der Versicherungszeiten

Hat eine Person nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten Versicherungszeiten erworben, so sind diese, soweit erforderlich, für den Erwerb eines Leistungsanspruches und die Dauer der Leistungsgewährung zusammenzurechnen, soweit sie nicht auf dieselbe Zeit entfallen.

Artikel 11**Sachleistungen**

(1) Eine Person, welche die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates für den Leistungsanspruch erforderlichen Voraussetzungen erfüllt und

- a) die im Gebiet des anderen Vertragsstaates wohnt oder
- b) deren Zustand während eines Aufenthaltes im Gebiet des anderen Vertragsstaates unverzüglich Leistungen erfordert und sich die Person nicht zum Zwecke der Inanspruchnahme einer ärztlichen Betreuung in den anderen Vertragsstaat begeben hat oder
- c) die vom zuständigen Träger die Genehmigung erhalten hat oder erhält, sich in das Gebiet des anderen Vertragsstaates zu begeben, um dort eine ihrem Zustand angemessene Behandlung zu erhalten,

hat Anspruch auf Sachleistungen zu Lasten des zuständigen Trägers vom Träger des Wohn- oder Aufenthaltsortes nach den für diesen Träger geltenden Rechtsvorschriften, als ob sie bei diesem versichert wäre.

(2) Im Falle des Absatzes 1 hängt die Gewährung von Körperersatzstücken, größeren Hilfsmitteln und anderen Sachleistungen von erheblicher Bedeutung davon ab, daß der zuständige Träger hiezu seine Zustimmung gibt. Die Zustimmung ist nicht erforderlich, wenn die Gewährung der Leistung nicht aufgeschoben werden kann, ohne das Leben oder die Gesundheit der betreffenden Person ernsthaft zu gefährden oder wenn nach Artikel 15 Absatz 2 eine Kostenerstattung durch Pauschalzahlungen erfolgt.

(3) Die vorhergehenden Absätze sind auf Familienangehörige entsprechend anzuwenden.

(4) Absatz 1 Buchstaben b und c gelten in Österreich in bezug auf die Behandlung durch freiberuflich tätige Ärzte, Zahnärzte und Dentisten nur hinsichtlich folgender Personen:

- a) Personen, die sich in Ausübung ihrer Beschäftigung in Österreich aufhalten, sowie die sie begleitenden Familienangehörigen;
- b) Personen, die ihre in Österreich wohnende Familie besuchen;
- c) Personen, die sich aus anderen Gründen in Österreich aufhalten, wenn ihnen eine ambulante Behandlung für Rechnung der für ihren Aufenthaltsort in Betracht kommenden Gebietskrankenkasse gewährt wurde.

Artikel 12**Geldleistungen**

(1) In den Fällen des Artikels 11 sind die Geldleistungen vom zuständigen Träger nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften zu gewähren.

(2) Hängt nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates die Höhe der Geldleistungen von der Zahl der Familienangehörigen ab, so berücksichtigt der zuständige Träger auch die Familienangehörigen, die im Gebiet des anderen Vertragsstaates wohnen.

Artikel 13**Pensionsbezieher**

(1) Auf Pensionsempfänger aus der Pensionsversicherung der Vertragsstaaten sind die Rechtsvorschriften über die Krankenversicherung der Pensionisten des Vertragsstaates anzuwenden, in dessen Gebiet die Pensionsempfänger wohnen. Dabei gilt bei Gewährung einer Pension nur nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates diese Pension als Pension des ersten Vertragsstaates.

(2) Absatz 1 gilt entsprechend für Pensionswerber.

Artikel 14**Träger des Aufenthalts- oder Wohnortes**

In den Fällen des Artikels 11 und des Artikels 13 Absatz 1 zweiter Satz werden die Leistungen gewährt

in Österreich

von der für den Aufenthalts- oder Wohnort der betreffenden Person in Betracht kommenden Gebietskrankenkasse,

in Bosnien und Herzegowina

von der für den Aufenthalts- oder Wohnort der betreffenden Person in Betracht kommenden Organisationseinheit der Gesundheitsversicherung.

Artikel 15

Kostenerstattung

(1) Der zuständige Träger erstattet dem Träger, der die Leistungen gewährt hat, die nach Artikel 11 und Artikel 13 Absatz 1 zweiter Satz aufgewendeten Beträge mit Ausnahme der Verwaltungskosten.

(2) Die zuständigen Behörden können zur verwaltungsmäßigen Vereinfachung vereinbaren, daß für alle Fälle oder für bestimmte Gruppen von Fällen anstelle von Einzelabrechnungen der Aufwendungen Pauschalzahlungen treten.

(3) In den Fällen des Artikels 13 Absatz 1 zweiter Satz ist der Ersatz der Aufwendungen für Anspruchsberechtigte aus der österreichischen Pensionsversicherung aus den beim Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger einlangenden Beiträgen zur Krankenversicherung der Pensionisten zu leisten.

Kapitel 2

Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten

Artikel 16

Sachleistungen

(1) Eine Person, die wegen eines Arbeitsunfalles oder einer Berufskrankheit Anspruch auf Sachleistungen nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates hat und die sich im Gebiet des anderen Vertragsstaates aufhält oder dort wohnt, hat Anspruch auf Sachleistungen zu Lasten des zuständigen Trägers vom Träger ihres Aufenthalts- oder Wohnortes nach den für diesen Träger geltenden Rechtsvorschriften, als ob sie bei diesem versichert wäre. Artikel 11 Absatz 2 gilt entsprechend.

(2) In den Fällen des Absatzes 1 werden die Sachleistungen gewährt
in Österreich

von der für den Aufenthalts- oder Wohnort der betreffenden Person in Betracht kommenden Gebietskrankenkasse oder einem Träger der Unfallversicherung,

in Bosnien und Herzegowina

von der für den Aufenthalts- oder Wohnort der betreffenden Person in Betracht kommenden Organisationseinheit der Gesundheitsversicherung.

(3) Die Rechtsvorschriften von Bosnien und Herzegowina, nach denen Sachleistungen zu Lasten einer juristischen oder physischen Person gehen, bei der die betreffende Person im Zeitpunkt des Eintritts des Arbeitsunfalles oder der Berufskrankheit beschäftigt war, gelten auch in den Fällen des Absatzes 1.

(4) Für die Erstattung der nach Absatz 1 entstandenen Kosten gilt Artikel 15 entsprechend.

Artikel 17

Wegunfälle

(1) Erleidet eine Person, die im Gebiet eines Vertragsstaates wohnt und die sich auf Grund eines ordnungsgemäßen Arbeitsvertrages zur Arbeitsaufnahme in den anderen Vertragsstaat begibt, während der ohne Unterbrechung und auf dem kürzesten Weg durchgeführten Reise zum Beschäftigungsort einen Unfall, so ist dieser Unfall vom Träger dieses Vertragsstaates nach den Rechtsvorschriften über die Unfallversicherung zu entschädigen; dies gilt auch für einen Unfall, den ein Dienstnehmer bei der Rückkehr in den Wohnortstaat unmittelbar nach Beendigung des Arbeitsvertrages, auf Grund dessen er sich in den anderen Vertragsstaat begeben hat, erleidet.

(2) Falls es auf der Dienstreise zu einem Unfall auf dem Gebiet des Vertragsstaates kommt, der nicht zuständig ist, wird der Unfall als solcher im Gebiet des zuständigen Staates betrachtet.

Artikel 18

Berufskrankheiten

(1) Hängt die Gewährung der Leistungen für eine Berufskrankheit nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates davon ab, daß die Krankheit zum ersten Mal im Gebiet dieses Vertragsstaates ärztlich festgestellt worden ist, so gilt diese Bedingung als erfüllt, wenn die betreffende Krankheit zum ersten Mal im Gebiet des anderen Vertragsstaates festgestellt worden ist.

(2) Sehen die Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates vor, daß Leistungen für eine Berufskrankheit nur gewährt werden, wenn die Tätigkeit, welche die Krankheit verursachen kann, während einer Mindestdauer ausgeübt wurde, so berücksichtigt der zuständige Träger dieses Vertragsstaates, soweit erforderlich, die Zeiten der Ausübung einer solchen Tätigkeit, während derer die Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates galten.

Artikel 19

Entschädigung von Berufskrankheiten

(1) Wäre eine Berufskrankheit nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten zu entschädigen, so sind Leistungen nur nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates zu gewähren, in dessen Gebiet zuletzt eine Beschäftigung ausgeübt wurde, die geeignet ist, eine solche Berufskrankheit zu verursachen, sofern die betreffende Person die nach diesen Rechtsvorschriften vorgesehenen Voraussetzungen erfüllt.

(2) Bezog oder bezieht eine Person, die sich eine Berufskrankheit zugezogen hat, Leistungen zu Lasten eines Trägers eines Vertragsstaates und beansprucht sie, nachdem sie auch eine Tätigkeit nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates ausgeübt hat, welche eine Berufskrankheit verursachen kann, wegen Verschlimmerung Leistungen von einem Träger des anderen Vertragsstaates, so trägt der Träger des ersten Vertragsstaates weiterhin die Kosten der Leistungen ohne Berücksichtigung der Verschlimmerung nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften. Der zuständige Träger des zweiten Vertragsstaates gewährt eine Leistung in der Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen der nach der Verschlimmerung geschuldeten Leistung und der Leistung, die vor der Verschlimmerung nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften geschuldet worden wäre, wenn die Krankheit nach diesen Rechtsvorschriften eingetreten wäre.

Kapitel 3

Alter, Invalidität und Tod (Pensionen)

Artikel 20

Zusammenrechnung der Versicherungszeiten

(1) Hängt nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates der Erwerb, die Aufrechterhaltung oder das Wiederaufleben eines Leistungsanspruches von der Zurücklegung von Versicherungszeiten ab, so hat der zuständige Träger dieses Vertragsstaates, soweit erforderlich, die nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates zurückgelegten Versicherungszeiten zu berücksichtigen, als wären es nach den von ihm anzuwendenden Rechtsvorschriften zurückgelegte Versicherungszeiten, soweit sie nicht auf dieselbe Zeit entfallen.

(2) Hängt nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates die Gewährung bestimmter Leistungen von der Zurücklegung der Versicherungszeiten in einem Beruf, für den ein Sondersystem besteht, oder in einem bestimmten Beruf oder in einer bestimmten Beschäftigung ab, so sind für die Gewährung dieser Leistungen die nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates zurückgelegten Versicherungszeiten nur zu berücksichtigen, wenn sie in einem entsprechenden System oder, wenn ein solches nicht besteht, im gleichen Beruf oder in der gleichen Beschäftigung zurückgelegt worden sind.

(3) Verlängern nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates Zeiten der Pensionsgewährung den Zeitraum, in dem die Versicherungszeiten zurückgelegt sein müssen, so verlängert sich dieser Zeitraum auch durch entsprechende Zeiten der Pensionsgewährung nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates.

(4) Soweit nach den Rechtsvorschriften von Bosnien und Herzegowina das Vorliegen bestimmter Tatbestände Voraussetzung für den Erwerb, die Aufrechterhaltung oder das Wiederaufleben eines Leistungsanspruches ist, kommt die gleiche Wirkung auch gleichartigen Tatbeständen in Österreich zu.

(5) Bei Durchführung der Absätze 1 und 2 hat der österreichische Träger die in Tagen ausgedrückten Versicherungszeiten von Bosnien und Herzegowina in Monate umzurechnen, wobei 30 Tage einem Monat entsprechen; Resttage gelten hiebei als ein ganzer Monat.

Artikel 21

Versicherungszeiten unter einem Jahr

(1) Erreichen die Versicherungszeiten, die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates zu berücksichtigen sind, insgesamt nicht zwölf Monate für die Berechnung der Leistung, so wird nach diesen Rechtsvorschriften keine Leistung gewährt. Dies gilt nicht, wenn nach diesen Rechtsvorschriften ein Leistungsanspruch allein auf Grund dieser Versicherungszeiten besteht.

(2) Die in Absatz 1 erster Satz genannten Versicherungszeiten sind von dem Träger des anderen Vertragsstaates für den Erwerb, die Aufrechterhaltung und das Wiederaufleben eines Leistungsanspruches sowie dessen Ausmaß so zu berücksichtigen, als wären es nach den von ihm anzuwendenden Rechtsvorschriften zurückgelegte Versicherungszeiten.

Artikel 22

Feststellung der österreichischen Leistungen

(1) Besteht nach den österreichischen Rechtsvorschriften auch ohne Anwendung des Artikels 20 ein Leistungsanspruch, so hat der zuständige österreichische Träger die Leistung ausschließlich auf Grund der nach den österreichischen Rechtsvorschriften zu berücksichtigenden Versicherungszeiten festzustellen.

(2) Besteht nach den österreichischen Rechtsvorschriften nur unter Anwendung des Artikels 20 ein Leistungsanspruch, so hat der zuständige österreichische Träger die Leistung ausschließlich auf Grund der nach den österreichischen Rechtsvorschriften zu berücksichtigenden Versicherungszeiten sowie unter Berücksichtigung der folgenden Bestimmungen festzustellen:

1. Leistungen oder Leistungsteile, deren Betrag nicht von der Dauer der zurückgelegten Versicherungszeiten abhängig ist, gebühren im Verhältnis der nach den österreichischen Rechtsvorschriften für die Berechnung der Leistung zu berücksichtigenden Versicherungszeiten zu 30 Jahren, höchstens jedoch bis zur Höhe des vollen Betrages.
2. Sind bei der Berechnung von Leistungen bei Invalidität oder an Hinterbliebene nach dem Eintritt des Versicherungsfalles liegende Zeiten zu berücksichtigen, so sind diese Zeiten nur im Verhältnis der nach den österreichischen Rechtsvorschriften für die Berechnung der Leistung zu berücksichtigenden Versicherungszeiten zu zwei Dritteln der vollen Kalendermonate von der Vollendung des 16. Lebensjahres der betreffenden Person bis zum Eintritt des Versicherungsfalles zu berücksichtigen, höchstens jedoch bis zum vollen Ausmaß.
3. Ziffer 1 gilt nicht
 - a) hinsichtlich von Leistungen aus einer Höherversicherung;
 - b) hinsichtlich von einkommensabhängigen Leistungen oder Leistungsteilen zur Sicherstellung eines Mindesteinkommens.

Artikel 23

Feststellung der Leistungen von Bosnien und Herzegowina

(1) Besteht nach den Rechtsvorschriften von Bosnien und Herzegowina auch ohne Anwendung des Artikels 20 ein Leistungsanspruch, so hat der zuständige Träger von Bosnien und Herzegowina die Leistung ausschließlich auf Grund der nach den Rechtsvorschriften von Bosnien und Herzegowina zu berücksichtigenden Versicherungszeiten festzustellen.

(2) Besteht nach den Rechtsvorschriften von Bosnien und Herzegowina nur unter Anwendung des Artikels 20 ein Leistungsanspruch, so hat der zuständige Träger von Bosnien und Herzegowina die Leistung auf folgende Weise festzustellen:

1. Zunächst hat er den theoretischen Betrag der Leistung zu berechnen, auf die der Versicherte Anspruch hätte, wenn alle nach den Rechtsvorschriften der beiden Vertragsstaaten zusammengerechneten Versicherungszeiten ausschließlich nach den Rechtsvorschriften von Bosnien und Herzegowina zurückgelegt worden wären.
2. Der Träger von Bosnien und Herzegowina hat den tatsächlichen Betrag der Leistung, auf die der Versicherte Anspruch hat, festzustellen, indem er den theoretischen Betrag der Leistung nach Ziffer 1 entsprechend dem Verhältnis der nach den von ihm anzuwendenden Rechtsvorschriften zurückgelegten Versicherungszeiten zur Gesamtdauer der nach den Rechtsvorschriften der beiden Vertragsstaaten zusammengerechneten Versicherungszeiten kürzt.

(3) Übersteigt die Gesamtdauer der Versicherungszeiten in beiden Vertragsstaaten das nach den Rechtsvorschriften von Bosnien und Herzegowina festgelegte Höchstausmaß, so hat der Träger von Bosnien und Herzegowina für die Berechnung des höchsten Leistungsbetrages nach Absatz 2 Ziffer 1 und 2 dieses Höchstausmaß anstelle der zusammengerechneten Versicherungszeiten zu berücksichtigen.

(4) Die Träger von Bosnien und Herzegowina haben bei der Feststellung des Hilflosenzuschusses die Absätze 1 und 2 anzuwenden.

Kapitel 4 Arbeitslosigkeit

Artikel 24

Zusammenrechnung der Versicherungszeiten

(1) Nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates zurückgelegte Versicherungszeiten sind für den Anspruch auf Leistungen bei Arbeitslosigkeit nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates zu berücksichtigen, sofern der Arbeitslose in dem Vertragsstaat, in dem er den Anspruch auf eine solche Leistung geltend macht, in den letzten zwölf Monaten vor Beantragung dieser Leistung insgesamt mindestens 26 Wochen ohne Verletzung der Vorschriften über die Beschäftigung von Ausländern als Arbeitnehmer versichert war.

(2) Die in Absatz 1 festgelegte Voraussetzung der Mindestversicherungszeit von 26 Wochen gilt nicht für Arbeitslose, deren Beschäftigung für längere Zeit in Aussicht genommen war, jedoch früher als nach 26 Wochen ohne ihr Verschulden geendet hat, oder welche die Staatsangehörigkeit des Vertragsstaates besitzen, in dem sie die Leistung beantragen.

Artikel 25

Bezugsdauer

Die Bezugsdauer wird um die Zeit gemindert, in der der Arbeitslose im anderen Vertragsstaat innerhalb der letzten zwölf Monate vor dem Tag der Antragstellung bereits eine Leistung bei Arbeitslosigkeit bezogen hat.

Abschnitt IV

Verschiedene Bestimmungen

Artikel 26

Aufgaben der zuständigen Behörden, Amts- und Rechtshilfe

(1) Die zuständigen Behörden werden die zur Durchführung dieses Abkommens notwendigen Verwaltungsmaßnahmen in einer Vereinbarung regeln.

(2) Die zuständigen Behörden der beiden Vertragsstaaten unterrichten einander

- a) über alle zur Anwendung dieses Abkommens getroffenen Maßnahmen;
- b) über alle die Anwendung dieses Abkommens berührenden Änderungen ihrer Rechtsvorschriften.

(3) Bei der Anwendung dieses Abkommens haben die Behörden und Träger der Vertragsstaaten einander zu unterstützen und wie bei der Anwendung ihrer eigenen Rechtsvorschriften zu handeln. Diese Amtshilfe ist kostenlos.

(4) Die Träger und Behörden der Vertragsstaaten können zwecks Anwendung dieses Abkommens miteinander sowie mit beteiligten Personen oder deren Beauftragten unmittelbar in Verbindung treten.

(5) Die Träger und Behörden eines Vertragsstaates dürfen die bei ihnen eingereichten Anträge und sonstige Schriftstücke nicht deshalb zurückweisen, weil sie in einer Amtssprache des anderen Vertragsstaates abgefaßt sind.

(6) Ärztliche Untersuchungen, die in Durchführung der Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates vorgenommen werden und Personen betreffen, die sich im Gebiet des anderen Vertragsstaates aufhalten oder dort wohnen, werden auf Ersuchen des zuständigen Trägers zu seinen Lasten vom Träger des Aufenthalts- oder Wohnortes veranlaßt. Werden ärztliche Untersuchungen im Interesse der Träger der beiden Vertragsstaaten durchgeführt, so erfolgt keine Kostenerstattung.

(7) Für die gerichtliche Rechtshilfe gelten die jeweiligen auf die Rechtshilfe in bürgerlichen Rechts-sachen anwendbaren Bestimmungen.

Artikel 27

Verbindungsstellen

Die zuständigen Behörden haben zur Erleichterung der Durchführung dieses Abkommens, insbesondere zur Herstellung einer einfachen und raschen Verbindung zwischen den beiderseits in Betracht kommenden Trägern, Verbindungsstellen zu errichten.

Artikel 28

Befreiung von Steuern und Beglaubigungen

(1) Jede in den Vorschriften eines Vertragsstaates vorgesehene Befreiung oder Ermäßigung von Steuern, Stempel-, Gerichts- oder Eintragungsgebühren für Schriftstücke oder Urkunden, die in Anwendung dieser Rechtsvorschriften vorzulegen sind, wird auf die entsprechenden Schriftstücke und Urkunden erstreckt, die in Anwendung dieses Abkommens oder der Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates vorzulegen sind.

(2) Urkunden, Dokumente und Schriftstücke jeglicher Art, die in Anwendung dieses Abkommens vorgelegt werden müssen, bedürfen keiner Beglaubigung.

Artikel 29

Einreichung von Schriftstücken

(1) Anträge, Erklärungen oder Rechtsmittel, die in Anwendung dieses Abkommens oder der Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates bei einer Behörde, einem Träger oder einer sonstigen zuständigen Einrichtung eines Vertragsstaates eingereicht werden, sind als bei einer Behörde, einem Träger oder einer sonstigen zuständigen Einrichtung des anderen Vertragsstaates eingereichte Anträge, Erklärungen oder Rechtsmittel anzusehen.

(2) Ein nach den Rechtsvorschriften des einen Vertragsstaates gestellter Antrag auf eine Leistung gilt auch als Antrag auf eine entsprechende Leistung nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates, die unter Berücksichtigung dieses Abkommens in Betracht kommt; dies gilt nicht, wenn der Antragsteller ausdrücklich beantragt, daß die Feststellung einer nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates erworbenen Leistung bei Alter aufgeschoben wird.

(3) Anträge, Erklärungen oder Rechtsmittel, die in Anwendung der Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates innerhalb einer bestimmten Frist bei einer Behörde, einem Träger oder einer sonstigen zuständigen Einrichtung dieses Vertragsstaates einzureichen sind, können innerhalb der gleichen Frist bei der entsprechenden Stelle des anderen Vertragsstaates eingereicht werden.

(4) In den Fällen der Absätze 1 bis 3 übermittelt die in Anspruch genommene Stelle diese Anträge, Erklärungen oder Rechtsmittel entweder unmittelbar oder durch Vermittlung der Verbindungsstellen der Vertragsstaaten unverzüglich an die entsprechende zuständige Stelle des anderen Vertragsstaates.

Artikel 30

Zahlungsverkehr

(1) Die nach diesem Abkommen leistungspflichtigen Träger können Leistungen an Berechtigte im anderen Vertragsstaat mit befreiender Wirkung in der für sie innerstaatlich maßgebenden Währung erbringen.

(2) Die in diesem Abkommen vorgesehenen Erstattungen haben in der Währung des Vertragsstaates zu erfolgen, in dem der Träger, der die Leistungen gewährt hat, seinen Sitz hat.

(3) Überweisungen auf Grund dieses Abkommens werden nach Maßgabe der Vereinbarungen vorgenommen, die auf diesem Gebiet in den beiden Vertragsstaaten im Zeitpunkt der Überweisung gelten.

Artikel 31

Vollstreckungsverfahren

(1) Die vollstreckbaren Entscheidungen der Gerichte sowie die vollstreckbaren Bescheide und Rückstandsausweise (Urkunden) der Träger oder der Behörden eines Vertragsstaates über Beiträge und sonstige Forderungen aus der sozialen Sicherheit werden im anderen Vertragsstaat anerkannt.

(2) Die Anerkennung darf nur versagt werden, wenn sie der öffentlichen Ordnung des Vertragsstaates widerspricht, in dem die Entscheidung oder die Urkunde anerkannt werden soll.

(3) Die nach Absatz 1 anerkannten vollstreckbaren Entscheidungen und Urkunden werden im anderen Vertragsstaat vollstreckt. Das Vollstreckungsverfahren richtet sich nach den Rechtsvorschriften, die in dem Vertragsstaat, in dessen Gebiet vollstreckt werden soll, für die Vollstreckung der in diesem Vertragsstaat erlassenen entsprechenden Entscheidungen und Urkunden gelten. Die Ausfertigung der Entscheidung oder der Urkunde muß mit der Bestätigung ihrer Vollstreckbarkeit (Vollstreckungsklausel) versehen sein.

10

1719 der Beilagen

Artikel 32**Verrechnung von Vorschüssen**

(1) Hat ein Träger eines Vertragsstaates einen Vorschuß gezahlt, so kann die auf denselben Zeitraum entfallende Nachzahlung einer entsprechenden Leistung, auf die nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates Anspruch besteht, einbehalten werden. Hat der Träger des einen Vertragsstaates für eine Zeit, für die der Träger des anderen Vertragsstaates nachträglich eine entsprechende Leistung zu erbringen hat, eine höhere als die gebührende Leistung gezahlt, so gilt der diese Leistung übersteigende Betrag bis zur Höhe des nachzuzahlenden Betrages als Vorschuß im Sinne des ersten Satzes.

(2) Hat ein Träger der Sozialhilfe eines Vertragsstaates eine Leistung der Sozialhilfe während eines Zeitraumes gewährt, für den nachträglich nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates Anspruch auf Geldleistungen entsteht, so behält der zuständige Träger dieses Vertragsstaates auf Ersuchen und für Rechnung des Trägers der Sozialhilfe die auf den gleichen Zeitraum entfallenden Nachzahlungen bis zur Höhe der gezahlten Leistungen der Sozialhilfe ein, als ob es sich um eine vom Träger der Sozialhilfe des letzteren Vertragsstaates gezahlte Leistung der Sozialhilfe handeln würde.

Artikel 33**Schadenersatz**

(1) Hat eine Person, die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates Leistungen für einen Schaden zu erhalten hat, der im Gebiet des anderen Vertragsstaates eingetreten ist, nach dessen Vorschriften gegen einen Dritten Anspruch auf Ersatz des Schadens, so geht der Ersatzanspruch auf den Träger des ersten Vertragsstaates nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften über.

(2) Stehen Ersatzansprüche hinsichtlich gleichartiger Leistungen aus demselben Schadensfall sowohl einem Träger des einen Vertragsstaates als auch einem Träger des anderen Vertragsstaates zu, so kann der Dritte die nach Absatz 1 auf die beiden Träger übergegangenen Ansprüche mit befreiender Wirkung durch Zahlung an den einen oder anderen Träger befriedigen. Im Innenverhältnis sind die Träger anteilig im Verhältnis der von ihnen zu erbringenden Leistungen ausgleichspflichtig.

Artikel 34**Streitbeilegung**

Streitigkeiten zwischen den Vertragsstaaten über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens sollen, soweit möglich, durch die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten beigelegt werden.

Abschnitt V**Übergangs- und Schlußbestimmungen****Artikel 35****Übergangsbestimmungen**

(1) Dieses Abkommen begründet keinen Anspruch auf Leistungen für die Zeit vor seinem Inkrafttreten oder für Personen nach Artikel 37 Absatz 3 vor dem 1. Oktober 1996.

(2) Für die Feststellung des Anspruches auf Leistungen nach diesem Abkommen werden auch Versicherungszeiten berücksichtigt, die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates vor Inkrafttreten dieses Abkommens zurückgelegt worden sind.

(3) Vorbehaltlich des Absatzes 1 gilt dieses Abkommen auch für Versicherungsfälle, die vor seinem Inkrafttreten eingetreten sind, soweit nicht früher festgestellte Ansprüche durch Kapitalzahlungen abgegolten worden sind.

(4) Leistungen, die vor dem Inkrafttreten dieses Abkommens oder für Personen nach Artikel 37 Absatz 3 vor dem 1. Oktober 1996 festgestellt wurden, sind nicht neu festzustellen.

(5) Wird ein Antrag auf Leistungen binnen zwei Jahren nach dem Inkrafttreten dieses Abkommens von einer nicht von Artikel 37 Absatz 3 erfaßten Person eingebracht, so sind die Leistungen vom Inkrafttreten dieses Abkommens an zu gewähren, ohne daß der betreffenden Person Ausschluß- oder Verjähr-

rungsfristen entgegengehalten werden können, sonst von dem Tag an, der nach den Rechtsvorschriften jedes der beiden Vertragsstaaten bestimmt ist.

Artikel 36

Versicherungslastregelungen

(1) Die Träger in Österreich übernehmen alle Anwartschaften und Ansprüche von Personen, die am 1. Jänner 1956 österreichische Staatsangehörige waren oder die nach den österreichischen Rechtsvorschriften für den Bereich der Sozialversicherung als Volksdeutsche anerkannt werden, vorausgesetzt, daß sich die betreffenden Personen am 1. Jänner 1956 im Gebiet von Österreich nicht nur vorübergehend aufgehalten haben, soweit diese Anwartschaften und Ansprüche auf Grund der vor dem 1. Jänner 1956 in der ehemaligen jugoslawischen Sozialversicherung (Pensions- oder Invaliditätsversicherung) zurückgelegten Versicherungszeiten entstanden sind.

(2) Die Träger in Bosnien und Herzegowina übernehmen alle Anwartschaften und Ansprüche von Staatsangehörigen von Bosnien und Herzegowina, die als jugoslawische Staatsangehörige am 1. Jänner 1956 ihren Wohnsitz im Gebiet des ehemaligen Jugoslawien hatten, soweit diese Anwartschaften und Ansprüche auf Grund der vor dem 1. Jänner 1956 in der österreichischen Sozialversicherung (Pensions- oder Unfallversicherung) zurückgelegten Versicherungszeiten entstanden sind.

(3) Sind Leistungsansprüche zu übernehmen, so gelten die allgemeinen Voraussetzungen für die entsprechenden Leistungen als erfüllt. Hierbei sind für die Bemessung der Leistungen die den übernommenen Leistungsansprüchen zugrunde liegenden Versicherungszeiten heranzuziehen. Erreichen diese Zeiten nicht das Ausmaß der für die entsprechenden Pensionen erforderlichen Wartezeit, so sind der Leistungs Bemessung Zeiten im Ausmaß dieser Wartezeit zugrunde zu legen.

(4) Für die Berücksichtigung der Anwartschaften und Ansprüche in Leistungen der österreichischen Pensions- oder Unfallversicherung sind die Rechtsvorschriften des österreichischen Bundesgesetzes vom 22. November 1961 über Leistungsansprüche und Anwartschaften in der Pensions(Renten)versicherung und Unfallversicherung auf Grund von Beschäftigungen im Ausland anzuwenden.

Artikel 37

Inkrafttreten

(1) Dieses Abkommen ist zu ratifizieren. Die Ratifikationsurkunden sind so bald wie möglich in Wien auszutauschen.

(2) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des Monats nach Ablauf des Monats in Kraft, in dem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht werden.

(3) Die Bestimmungen dieses Abkommens, die sich auf den Erwerb und die Gewährung von Leistungen aus der sozialen Sicherheit beziehen, sind ab dem 1. Oktober 1996 auf Personen anzuwenden, auf die das zwischen den beiden Vertragsstaaten vor diesem Zeitpunkt in Geltung gestandene Abkommen über soziale Sicherheit anzuwenden war. Soweit in der Zeit vor Inkrafttreten dieses Abkommens hinsichtlich der Gewährung von Sachleistungen anders verfahren wurde, hat es dabei sein Bewenden.

Artikel 38

Außerkräfttreten

(1) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Jeder Vertragsstaat kann es unter Einhaltung einer Frist von drei Monaten zum Ende eines Kalenderjahres schriftlich auf diplomatischem Weg kündigen.

(2) Im Falle der Kündigung dieses Abkommens bleiben nach diesem Abkommen erworbene Ansprüche erhalten.

ZU URKUND DESSEN haben die Bevollmächtigten dieses Abkommen unterzeichnet und mit Siegeln versehen.

GESCHEHEN zu Sarajewo am 12. Februar 1999 in zwei Urschriften in deutscher Sprache und in den Amtssprachen von Bosnien und Herzegowina, wobei alle Texte in gleicher Weise authentisch sind.

12

1719 der Beilagen

Für die Republik Österreich:

Dr. Christoph Parisini

Für Bosnien und Herzegowina:

Nudýeim Rexica

S P O R A Z U M

**IZMEĐU REPUBLIKE AUSTRIJE
I BOSNE I HERCEGOVINE
O SOCIJALNOM OSIGURANJU**

Republika Austrija

i

Bosna i Hercegovina

vođene željom da regulišu međusobne odnose između dvije
države u oblasti socijalnog osiguranja

su se usaglasile da zaključe slijedeći Sporazum

1719 der Beilagen

13

GLAVA I**OPŠTE ODREDBE****Član 1.****Utvrđivanje pojmova**

(1) U ovom sporazumu izrazi znače :

1. "Pravni propisi"
Zakoni, uredbe, statuti i ostali pravni akti koji se odnose na oblasti iz socijalnog osiguranja Republike Austrije i Bosne i Hercegovine i njenih entiteta koji su označeni u članu 2. stav 1. ovog sporazuma ;
2. "Nadležni organ"
Savezni ministri ili ministarstva u čijoj nadležnosti je primjena pravnih propisa navedenih u članu 2. stav 1. ovog sporazuma ;
3. "Nosilac"
Ustanova ili organ čija je obaveza sprovođenje pravnih propisa ili jednog njihovog dijela označenih u članu 2. stav 1. ovog sporazuma ;
4. "Nadležni nosilac"
Nosilac, kod koga je neko lice u trenutku zahtjeva za davanje osigurano ili prema kome ono ima ili bi još imalo pravo na davanje ako bi se nalazilo na području države ugovornice u kojoj je posljednji put bilo osigurano;
5. "Prebivalište"
Stalno mjesto boravka;
6. "Boravak"
Mjesto privremenog boravka;
7. "Član porodice"
Član porodice prema pravnim propisima države ugovornice u kojoj nosilac, na čiji teret treba obezbjediti davanja, ima svoje prebivalište;
8. "Vrijeme osiguranja"
Vrijeme uplate doprinosa, vrijeme zaposlenja i izjednačeno vrijeme, prema pravnim propisima država ugovornica ;
9. "Novčano davanje", "renta" ili "penzija" ;
Novčano davanje, renta ili penzija, uključujući sve njihove dijelove iz javnih sredstava, sve dodatke, iznose razlika i povećanja, otpremnina i plaćanja na ime naknada za doprinos.

(2) U ovom sporazumu drugi izrazi imaju značenje koje im pripada prema pravnim propisima obje države ugovornice.

14

1719 der Beilagen

Član 2.**Pravni propisi koji se primjenjuju**

(1) Ovaj sporazum se odnosi :

1. na austrijske pravne propise o :

- a) zdravstvenom osiguranju;
- b) osiguranju za slučaj nesreće na poslu ;
- c) penzijskom osiguranju sa izuzetkom posebnog osiguranja za pisarnicu;
- d) novčanom davanju za nezaposlenost .

2. na pravne propise Bosne i Hercegovine o :

- a) zdravstvenom osiguranju i zdravstvenoj zaštiti;
- b) osiguranju za slučaj nesreće na poslu i profesionalne bolesti;
- c) penzijskom i invalidskom osiguranju;
- d) osiguranju za slučaj nezaposlenosti.

(2) Ovaj sporazum se odnosi na sve pravne propise koji obuhvataju, mjenjaju ili dopunjuju pravne propise označene u stavu 1. ovog člana.

Član 3.**Lica na koja se Sporazum primjenjuje**

Ovaj sporazum važi :

- a) za lica za koja važe ili su važili pravni propisi jedne ili obje države ugovornice;
- b) za druga lica koja svoja prava ostvaruju od u tački a) naznačenih lica.

Član 4.**Princip izjednačavanja**

(1) Prilikom primjene pravnih propisa jedne države ugovornice izjednačeni su, ako ovaj sporazum drugačije ne određuje, njeni državljani sa državljanima druge države ugovornice.

(2) Stav 1. ovog člana ne odnosi se na:

- a) pravne propise obiju država ugovornica po pitanju sudjelovanja osiguranika i poslodavca u organima nosioca i saveza kao i donošenju sudskih odluka u oblasti socijalnog osiguranja ;
- b) regulisanja tereta osiguranja u međudržavnim ugovorima država ugovornica sa drugim državama;

- c) na pravne propise obiju država ugovornica koji se odnose na osiguranje lica zaposlenih u službenom predstavništvu jedne od država ugovornica u trećim državama ili kod članice jednog takvog predstavništva.
- (3) Stav 1. ovog člana važi u pogledu austrijskih pravnih propisa o uzimanju u obzir perioda rata ili izjednačavanja vremena samo za bosansko-hercegovačke državljane koji su neposredno prije 13.marta 1938. godine posjedovali austrijsko državljanstvo.

Član 5.

Transfer davanja

- (1) Ako ovim sporazumom nije drugačije određeno, ne smiju se penzije, rente i druga novčana davanja, sa izuzetkom davanja za nezaposlenost za koje postoji pravo prema pravnim propisima jedne države ugovornice, smanjivati, mijenjati, zaustaviti, oduzeti ili zaplijeniti zbog toga što korisnik ima prebivalište na području druge države ugovornice.
- (2) Stav 1. ovog člana ne odnosi se :
- a) na dodatke za korekciju prema austrijskim pravnim propisima ;
 - b) na zaštitne dodatke prema pravnim propisima Bosne i Hercegovine.

GLAVA II

ODREDBE PRAVNIH PROPISA KOJE SE PRIMJENJUJU

Član 6.

Opšta odredba

- (1) Obaveza osiguranja zaposlenog lica određena je, ako čl. 7. i 8. ovog sporazuma ne utvrđuje drugačije, po pravnim propisima države ugovornice na čijem području je lice zaposleno.
Ovo važi i pri obavljanju nesamostalne djelatnosti ako se prebivalište zaposlenog ili sjedište poslodavca nalaze na području druge države ugovornice.
- (2) Za službenike i sa njima izjednačena lica važe pravni propisi države ugovornice u čijoj upravi su oni zaposleni.

Član 7.

Posebne odredbe

- (1) Ako se zaposleni u jednom preduzeću, čije je sjedište na području jedne države ugovornice, uputi na područje druge države ugovornice, u tom slučaju se do kraja 24. kalendarskog mjeseca nakon upućivanja i dalje primjenjuju pravni propisi prve države ugovornice, kao da je još zaposlen na tom području.

16

1719 der Beilagen

- (2) Ako se zaposleni u nekoj zrakoplovnoj kompaniji sa sjedištem na području jedne države ugovornice uputi na područje druge države ugovornice, i dalje se primjenjuju pravni propisi prve države ugovornice, kao da je on još zaposlen na tom području.
- (3) Posada broda kao i druge osobe koje nisu samo privremeno zaposlene na nekom brodu, podliježu pravnim propisima države ugovornice čiju zastavu brod nosi.

Član 8.

Diplomatsko i konzularno osoblje

- (1) Za članove diplomatskih ili konzularnih predstavništava, te za privatno kućno osoblje u službi članova tih predstavništava, koji su upućeni na područje druge države ugovornice, vrijede pravni propisi države ugovornice koja ih upućuje.
- (2) Za zaposlene iz stavka 1. ovog članka koji nisu upućeni u drugu državu ugovornicu u smislu stavka 1. ovog članka, vrijede pravni propisi države ugovornice na čijem su području zaposleni. Ako su oni državljani druge države ugovornice mogu u roku od tri mjeseca nakon početka zaposlenja izabrati primjenu pravnih propisa druge države ugovornice.

Član 9.

Iznimke

- (1) Na zajedničko traženje zaposlenog i njegovog poslodavca nadležni organi objiju država ugovornica mogu sporazumno ugovoriti izuzeća od čl. 6. do 8. ovog sporazuma, pri čemu treba voditi računa o vrsti i okolnostima zaposlenja.
- (2) Ako za zaposlenog, prema stavku 1. ovog članka, vrijede pravni propisi jedne države ugovornice i ako on obavlja poslove na području druge države ugovornice, tada se pravni propisi primjenjuju, kao da je on zaposlen na području prve države ugovornice.

GLAVA III

POSEBNE ODREDBE

Poglavlje 1 Bolest i materinstvo

Član 10.

Zbrajanje vremena osiguranja

Ako je osoba navršila vremena osiguranja prema pravnim propisima objiju država ugovornica, ona se zbrajaju ako je to neophodno za stjecanje prava na davanje i za trajanje tih davanja, ako se ne odnose na isto razdoblje.

Član 11.**Davanja u naturi**

- (1) Osoba koja ispunjava uvjete za stjecanje prava na davanja prema pravnim propisima jedne države ugovornice i :
- a) ima prebivalište na području druge države ugovornice ili
 - b) čije stanje za vrijeme boravka na području druge države ugovornice neizostavno potrebuje hitno davanje i ako se osoba nije uputila u drugu državu ugovornicu sa ciljem da bude liječnički zbrinuta u drugoj državi ugovornici, ili je
 - c) od nadležnog nositelja dobila odobrenje ili ga dobija, da se može uputiti na područje druge države ugovornice radi liječenja koje zahtijeva njegovo stanje, ima pravo na davanje u naturi na teret nadležnog nositelja od nositelja mjesta prebivališta ili boravka prema pravnim propisima koji vrijede za tog nositelja kao da je ta osoba kod njega osigurana.
- (2) U slučaju iz stavka 1. ovog članka odobrenje proteza, većih pomagala i drugih davanja u naturi veće vrijednosti, zavisi od suglasnosti nadležnog nositelja. Suglasnost nije potrebna ako se pružanje davanja ne može odgoditi, a da se ozbiljno ne ugrozi život ili zdravlje dotične osobe ili ako se prema članku 15. stavak 2. ovog sporazuma, troškovi naknađuju u paušalnom iznosu .
- (3) Predhodni stavovi jednako se primjenjuju i na članove obitelji.
- (4) Stavak 1. slova b) i c) ovog članka, vrijede u Austriji za liječenje kod privatnih liječnika, stomatologa i zubara samo za:
- a) osobe koje borave u Austriji radi zaposlenja, kao i članove njihovih obitelji koji ih prate;
 - b) osobe koje posjećuju svoju obitelj koja ima prebivalište u Austriji ;
 - c) osobe koje iz drugih razloga borave u Austriji, a pruženo im je ambulantno liječenje na račun regionalne bolesničke kase koja dolazi u obzir prema njihovom mjestu boravka.

Član 12.**Novčana davanja**

- (1) U slučajevima iz članka 11. ovog sporazuma, novčana davanja odobrava nadležni nosilac, prema pravnim propisima koji za njega važe.
- (2) Ako prema pravnim propisima jedne države ugovornice visina novčanih davanja zavisi od broja članova obitelji, tada nadležni nositelj uzima u obzir i članove obitelji koji imaju prebivalište na području druge države ugovornice.

18

1719 der Beilagen

Član 13.**Korisnik penzije**

- (1) Na korisnika penzije iz obiju država ugovornica primjenjuju se pravni propisi o zdravstvenom osiguranju penzionera one države ugovornice na čijem području ima prebivalište. Pri tom se, u slučaju priznavanja penzije samo prema pravnim propisima druge države ugovornice, ta penzija smatra penzijom prve države ugovornice.
- (2) Stav 1.ovog člana jednako važi i za podnosioca zahtjeva za penziju.

Član 14.**Nosioci u mjestu prebivališta ili boravka**

U slučajevima iz člana 11. i člana 13. stav 1. druge rečenice ovog sporazuma davanja odobrava:

- u Austriji
regionalna bolesnička kasa koja je nadležna prema mjestu prebivališta ili boravka dotičnog lica;
- u Bosni i Hercegovini
organizaciona jedinica zdravstvenog osiguranja koja je nadležna prema mjestu prebivališta ili boravka dotičnog lica.

Član 15.**Naknada troškova**

- (1) Nadležni nosilac nadoknadije nosiocu koji je odobrio davanja iznose plaćene prema članu 11. i članu 13. stav 1. druga rečenica ovog sporazuma izuzimajući administrativne troškove.
- (2) Nadležni organi mogu se, u cilju administrativnog pojednostavljenja, dogovoriti da za sve slučajeve ili za određene grupe slučajeva vrše paušalna plaćanja umjesto pojedinačnih obračuna plaćanja.
- (3) U slučajevima člana 13. stav 1. druga rečenica ovog sporazuma naknada troškova za imaoca prava iz austrijskog penzijskog osiguranja nadoknadiju se iz doprinosa za zdravstveno osiguranje penzionera, koji se uplaćuju kod Glavnog saveza austrijskih nosioca socijalnog osiguranja.

Poglavlje 2.

Nesreće na poslu i profesionalne bolesti

Član 16.

Davanja u naturi

- (1) Lice koje zbog nesreće na poslu ili profesionalne bolesti ima pravo na davanja u naturi prema pravnim propisima jedne države ugovornice, a ima prebivalište ili boravak na području druge države ugovornice, ima pravo na davanja u naturi na teret nadležnog nosioca od nosioca u mjestu prebivališta ili boravka, prema pravnim propisima koji važe za tog nosioca, kao da je to lice kod njega osigurano. U ovim slučajevima jednako se primjenjuje član 11. stav 2. ovog sporazuma.
- (2) U slučajevima iz stava 1. ovog člana davanja u naturi odobravaju :
 - u Austriji
regionalna bolesnička kasa koja je nadležna prema mjestu prebivališta ili boravka dotičnog lica ili nosilac za slučaj nesreće na poslu,
 - u Bosni i Hercegovini
nadležna organizaciona jedinica zdravstvenog osiguranja koja je nadležna prema mjestu prebivališta ili boravka dotičnog lica.
- (3) Pravni propisi Bosne i Hercegovine prema kojima se davanje u naturi isplaćuje na teret pravnog ili fizičkog lica kod kojeg je dotično lice bilo zaposleno u momentu nastanka nesreće na poslu ili profesionalne bolesti, važe i za slučajeve iz stava 1. ovog člana.
- (4) Za naknadu troškova prema stavu 1. ovog člana jednako se primjenjuje član 15. ovog sporazuma.

Član 17.

Nesreće na putovanju

- (1) Ako se lice, koje ima prebivalište na području jedne države ugovornice po osnovu propisanog ugovora o radu uputi na rad u drugu državu ugovornicu radi stupanja na posao i na tom najkraćem putu bez prekida do mjesta rada doživi nesreću, naknadu za tu nesreću isplaćuje nosilac te države ugovornice saglasno pravnim propisima o osiguranju za slučaj nesreće na poslu. To važi i za nesreću koju zaposleni doživi pri povratku u državu prebivališta, neposredno nakon isteka ugovora o radu na osnovu koga je upućen u drugu državu ugovornicu.
- (2) Ako na službenom putu dođe do nesreće na području države ugovornice koja nije nadležna država, smatraće se kao da je nesreća nastala na području nadležne države.

Član 18.**Profesionalne bolesti**

- (1) Ako odobrenje davanja za profesionalnu bolest, prema pravnim propisima jedne države ugovornice, zavisi od toga da li je bolest po prvi put ljekarski utvrđena na području te države ugovornice, tada se taj uslov smatra ispunjenim, ako je dotična bolest utvrđena po prvi put na području druge države ugovornice.
- (2) Ako pravni propisi jedne države ugovornice predviđaju da se davanja po osnovu profesionalne bolesti odobravaju samo onda ako je djelatnost koja može izazvati bolest obavljena u toku jednog minimalnog perioda, tada nadležni nosilac te države ugovornice, ako je potrebno, uzima u obzir period u toku koga je djelatnost obavljena, u toku kojeg vremena su vazili pravni propisi druge države ugovornice.

Član 19.**Naknade za profesionalne bolesti**

- (1) Ako bi pravo na naknadu za profesionalnu bolest postojalo prema pravnim propisima obiju država ugovornica, davanja se odobravaju samo prema pravnim propisima one države ugovornice na čijem je području posljednji put obavljena djelatnost koja je mogla uzrokovati profesionalnu bolest, ako dotično lice ispunjava uslove predviđene ovim pravnim propisima.
- (2) Ako je lice koje boluje od profesionalne bolesti primalo ili prima davanja na teret nosioca jedne države ugovornice i ako, nakon što je prema pravnim propisima druge države ugovornice obavljalo djelatnost koja je mogla uzrokovati profesionalnu bolest, zbog pogoršanja zatraži davanja od nosioca druge države ugovornice, tada nosilac prve države ugovornice i dalje snosi troškove davanja bez obzira na pogoršanje, prema pravnim propisima koji važe za njega. Nadležni nosilac druge države ugovornice odobrava davanje u visini razlike između davanja koje pripada nakon pogoršanja i davanja koje bi pripadalo prema njegovim pravnim propisima prije pogoršanja, da je bolest nastupila prema tim pravnim propisima.

Poglavlje 3.**Starost, invalidnost i smrt
(penzije)****Član 20.****Zbrajanje vremena osiguranja**

- (1) Ako prema pravnim propisima jedne države ugovornice sticanje, održavanje ili ponovno uspostavljanje prava na davanje zavisi o ostvarenom vremenu osiguranja, tada nadležni nosilac te države ugovornice, ako je potrebno, uzima u obzir ostvareno vrijeme osiguranja prema pravnim propisima druge države ugovornice kao da je vrijeme

osiguranja ostvareno prema pravnim propisima koje on primjenjuje, ako se ne odnosi na isto vrijeme.

- (2) Ako prema pravnim propisima jedne države ugovornice odobravanje određenih davanja zavisi o ostvarenom vremenu osiguranja u zvanju za koje postoji poseban sistem ili u nekoj određenoj struci, ili u određenom zaposlenju, tada se za odobravanje tih davanja uzimaju u obzir ostvarena vremena osiguranja prema pravnim propisima druge države ugovornice samo ako su ostvarena u odgovarajućem sistemu, odnosno ako takav sistem ne postoji, u istoj struci, ili u istom zaposlenju.
- (3) Ako se prema pravnim propisima jedne države ugovornice vrijeme u kome moraju biti navršena vremena osiguranja produžava za vrijeme primanja penzije tada se to vrijeme produžava i za odgovarajuće vrijeme primanja penzije prema pravnim propisima druge države ugovornice.
- (4) Ako je prema pravnim propisima Bosne i Hercegovine uslov za sticanje, održavanje ili ponovno priznavanje prava na davanja postojanje određenih činjeničnih stanja, isto važi i za odgovarajuća činjenična stanja u Austriji .
- (5) Pri provođenju st. 1. i 2. ovog člana austrijski nosilac preračunava bosanskohercegovačka vremena osiguranja izražena u danima u mjesecu pri čemu 30 dana odgovara jednom mjesecu . Preostali dani računaju se pri tom kao cijeli mjesec.

Član 21.

Vremena osiguranja ispod jedne godine

- (1) Ako vremena osiguranja koja se uzimaju u obzir prema pravnim propisima države ugovornice ne budu ostvarena za ukupno 12 mjeseci za obračun davanja, tada se prema tim pravnim propisima neće priznati nikakvo davanje. Ovo nije slučaj, ako prema tim pravnim propisima postoji pravo na davanje na osnovu tog ostvarenog vremena.
- (2) Vremena osiguranja navedena u stavu 1. ovog člana prva rečenica ,nosilac druge države ugovornice uzeće u obzir za sticanje, održavanje i ponovno uspostavljanje prava na davanje, kao i njegovog obima, na način kao da je to vrijeme ostvareno prema pravnim propisima koje primjenjuje.

Član 22.

Utvrđivanje austrijskih davanja

- (1) Ako prema austrijskim pravnim propisima postoji pravo na davanje i bez primjene člana 20. ovog sporazuma, tada nadležni austrijski nosilac treba da utvrdi davanje isključivo na osnovu vremena osiguranja, koje se uzima u obzir prema austrijskim pravnim propisima.
- (2) Ako prema austrijskim pravnim propisima postoji pravo na davanje samo uz primjenu člana 20. ovog sporazuma, tada nadležni austrijski nosilac utvrđuje davanje isključivo na osnovu vremena osiguranja koje se uzima u obzir prema austrijskim pravnim propisima uzimajući u obzir sljedeće odredbe :

22

1719 der Beilagen

1. Davanja ili dijelovi davanja, čiji iznos nije zavisao o trajanju ostvarenog vremena osiguranja, pripadaju u odnosu između vremena osiguranja koje se uzima u obzir za izračunavanje davanja prema austrijskim pravnim propisima i 30 godina, ali maksimalno do visine punog iznosa.
2. Ako se prilikom izračunavanja davanja na invalidnost ili za nasljednike treba uzeti u obzir i postojeće vrijeme nakon nastanka osiguranog slučaja, tada to vrijeme treba uzeti samo u odnosu u kome se vrijeme osiguranja koje se uzima u obzir za izračunavanje davanja prema austrijskim pravnim propisima nalazi prema dvjema trećinama punih kalendarskih mjeseci od navršene 16 godine života tog lica do nastanka osiguranog slučaja, ali maksimalno do visine punog iznosa.
3. Tačka 1. ovog stava ne važi :
 - a) za davanja iz dopunskog osiguranja ;
 - b) za davanja ili dijelove davanja koji ovise o prihodima, a služe za osiguranje minimalnog prihoda.

Član 23.

Utvrđivanje davanja Bosne i Hercegovine

- (1) Ako prema pravnim propisima Bosne i Hercegovine postoji pravo na davanje i bez primjene člana 20. ovog sporazuma, tada nadležni bosanskohercegovački nosilac utvrđuje davanje isključivo na osnovu vremena osiguranja koje uzima u obzir prema pravnim propisima Bosne i Hercegovine.
- (2) Ako prema pravnim propisima Bosne i Hercegovine postoji pravo na davanje samo uz primjenu člana 20. ovog sporazuma tada nadležni bosanskohercegovački nosilac utvrđuje davanja na sljedeći način :
 1. Prvo obračuna teoretski iznos davanja na koji bi osiguranik imao pravo kad bi sva zbrojena vremena osiguranja koja treba uzeti u obzir prema pravnim propisima obje države ugovornice bila navršena prema pravnim propisima Bosne i Hercegovine.
 2. Bosanskohercegovački nosilac utvrđuje stvarni iznos davanja na koji osiguranik ima pravo tako da teoretski iznos davanja iz tačke 1. ovog člana svodi na odnos između trajanja vremena osiguranja navršenog u smislu pravnih propisa koje on primjenjuje i ukupno zbrojenih vremena osiguranja prema pravnim propisima obje države ugovornice.
- (3) Ako je ukupno trajanje vremena osiguranja u obje države ugovornice duže od najdužeg trajanja vremena propisanog pravnim propisima Bosne i Hercegovine, za izračunavanje najvećeg iznosa davanja iz stava 2. tačke 1. i 2. ovog člana, bosanskohercegovački nosilac uzima u obzir to najduže trajanje umjesto ukupno zbrojenih vremena osiguranja.

1719 der Beilagen

23

Poglavlje 4.**Nezaposlenost****Član 24.****Zbrajanje vremena osiguranja**

- (1) Ostvarena vremena osiguranja, prema pravnim propisima jedne države ugovornice, uzimaju se u obzir kod prava na davanje pri nezaposlenosti prema pravnim propisima druge države ugovornice, ako je nezaposleni u državi ugovornici u kojoj polaže pravo na jedno takvo davanje u zadnjih dvanest mjeseci prije podnošenja zahtjeva na to davanje bio osiguran ukupno najmanje 26 sedmica, bez povrede propisa o zapošljavanju stranih radnika.
- (2) U stavu 1. ovog člana utvrđeni uslovi o minimalnom vremenu osiguranja od 26 sedmica ne važe za nezaposlene čije je zaposlenje bilo predviđeno na duže vrijeme, ako je prekinuto prije navršenih 26 sedmica, ne njihovom krivicom, ili koji posjeduju državljanstvo one države ugovornice u kojoj su podnijeli zahtjev na davanje.

Član 25.**Trajanje davanja**

Trajanje davanja se skraćuje za ono vrijeme za koje je nezaposleni u drugoj državi ugovornici u posljednjih 12 mjeseci prije dana postavljanja zahtjeva već ostvario davanje za nezaposlenost.

GLAVA IV**RAZNE ODREDBE****Član 26.****Zadaci nadležnih organa, administrativna i
pravna pomoć**

- (1) Nadležni organi će u dogovoru regulisati upravne mjere potrebne za sprovođenje ovog sporazuma.
- (2) Nadležni organi obiju država ugovornica će izvještavati jedna drugu:
 - a) o svim mjerama poduzetim za primjenu ovog sporazuma;

24

1719 der Beilagen

- b) o svim izmjenama njihovih pravnih propisa koje dodiruju primjenu ovog sporazuma.
- (3) Kod primjene ovog sporazuma organi i nosioci država ugovornica međusobno će se potpomagati i djelovati kao da primjenjuju svoje vlastite pravne propise.
Ova administrativna pomoć je besplatna.
- (4) Nosioci osiguranja i organi država ugovornica u svrhu primjene ovog sporazuma mogu da stupaju u kontakte jedni sa drugim, sa licima u postupku ili njihovim opunomoćenicima.
- (5) Nosioci osiguranja i organi jedne države ugovornice ne smiju odbiti zahtjeve i ostale podneske koji im stignu, zbog toga što su sastavljeni na jednom od službenih jezika druge države ugovornice.
- (6) Ljekarski pregledi koji se obavljaju u provođenju pravnih propisa jedne države ugovornice a odnose se na lica koja imaju prebivalište ili boravak na području druge države ugovornice biće obavljani na traženje i teret nadležnog nosioca od strane nosioca određenog prema mjestu prebivališta ili boravka. Ako se ljekarski pregledi provode u interesu nosioca obiju država ugovornica, tada se troškovi neće naknađivati.
- (7) Za sudsku pravnu pomoć važe odredbe koje se primjenjuju za pravnu pomoć u građanskim pravnim stvarima.

Član 27.

Kontaktne službe

Nadležni organi treba da u cilju olakšavanja sprovođenja ovog sporazuma, a posebno radi uspostavljanja jednostavne i brze veze između oba nosioca koji dolaze u obzir, osnuju kontaktne službe.

Član 28.

Oslobađanje od poreza i ovjere

- (1) Svako u propisima jedne države ugovornice predviđeno oslobađanje ili smanjenje poreza, sudskih, i taksu za pismene podneske ili dokumenta, koji treba da se predoče kod primjene ovih pravnih propisa proteže se na odgovarajuće pismene podneske i dokumenta koji treba da se predoče u primjeni ovog sporazuma ili pravnih propisa druge države ugovornice.
- (2) Isprave, dokumenta i pismeni podnesci, svake vrste, koji se moraju predočiti u primjeni ovog sporazuma, ne treba da budu ovjereni.

Član 29.**Podnošenje pismenih podnesaka**

- (1) Zahtjevi, izjave ili pravna sredstva koji se u primjeni ovog sporazuma, ili pravnih propisa jedne države ugovornice treba da podnesu nekom organu, nosiocu ili drugoj nadležnoj instituciji jedne države ugovornice, smatraju se kao zahtjevi, izjave ili pravna sredstva podnešena organu, nosiocu ili drugoj nadležnoj instituciji druge države ugovornice.
- (2) Zahtjev postavljen prema pravnim propisima jedne države ugovornice za neko davanje važi i kao zahtjev za neko odgovarajuće davanje prema pravnim propisima druge države ugovornice koja dolazi u obzir na osnovu ovog sporazuma. Ovo nije slučaj ako podnositelj zahtjeva izričito zatraži, da se utvrđivanje stečenog davanja kod starosti prema pravnim propisima druge države ugovornice, odgodi.
- (3) Zahtjevi, izjave ili pravna sredstva koja u primjeni ovog sporazuma prema pravnim propisima jedne države ugovornice treba da se podnesu unutar određenog roka nekom organu, nosiocu ili drugoj nadležnoj instituciji te države ugovornice, mogu u istom roku biti podnešeni odgovarajućoj službi druge države ugovornice.
- (4) U slučajevima st. 1. do 3. ovog člana, proslijeđuje dotična služba te zahtjeve, izjave ili pravna sredstva, bilo neposredno ili putem kontaktnih službi država ugovornica bez odlaganja odgovarajućoj nadležnoj službi druge države ugovornice.

Član 30.**Platni promet**

- (1) Nosioци obavezni za novčana davanja mogu izvršiti plaćanja ovlaštenim u drugoj državi ugovornici sa oslobadajućim dejstvom u valuti koja važi u njihovoj državi.
- (2) Novčana davanja predviđena ovim sporazumom trebaju uslijediti u valuti države ugovornice u kojoj svoje sjedište ima nosilac koji je odobrio davanje.
- (3) Doznake na osnovu ovog sporazuma vrše se na osnovu dogovora o plaćanju koji važi na ovom području u obje države ugovornice u trenutku doznačavanja.

Član 31.**Izvršni postupak**

- (1) Izvršne odluke sudova kao i izvršna rješenja i isprave nosioca ili organa jedne države ugovornice o doprinosima i ostalim potraživanjima iz socijalnog osiguranja priznaju se u drugoj državi ugovornici.
- (2) Priznavanje se smije uskratiti samo onda, ako je ono u suprotnosti sa javnim poretkom države ugovornice u kojoj se treba priznati odluka ili isprava.

26

1719 der Beilagen

- (3) Izvršne isprave i odluke priznate prema stavku 1. ovog članka izvršavaju se u drugoj državi ugovornici. Izvršni postupak provodi se prema pravnim propisima koji vrijede u državi ugovornici na čijem području se provodi izvršenje donesenih odgovarajućih odluka i isprava. Primjerak odluke ili isprave mora imati potvrdu njene izvršnosti (klauzula o izvršenju).

Član 32.

Obračun akontacije

- (1) Ako je nositelj jedne države ugovornice platio predujam, tada se može zadržati isplata zaostatka odgovarajućeg davanja za isto vremensko razdoblje, a za koji postoji pravo prema pravnim propisima druge države ugovornice. Ako je nositelj jedne države ugovornice za vrijeme za koje nositelj druge države ugovornice treba izvršiti naknadno odgovarajuće davanje, platio davanje više nego pripada, tada taj iznos koji prelazi to davanje vrijedi do visine iznosa koji se naknadno treba isplatiti kao predujam u smislu ovog stavka.
- (2) Ako nositelj socijalne pomoći jedne države ugovornice odobri neko davanje tijekom jednog vremena za koje naknadno prema pravnim propisima druge države ugovornice nastane pravo na novčana davanja, tada nadležni nositelj te države ugovornice na traženje i za račun nositelja socijalne pomoći, zadržava naknadna plaćanja dospjela za isto vrijeme do visine plaćenih davanja na ime socijalne pomoći, kao da se tu radi o plaćenom davanju od nositelja socijalne pomoći druge države ugovornice.

Član 33.

Naknada štete

- (1) Ako osoba koja treba primiti davanja prema pravnim propisima jedne države ugovornice na ime štete koja je nastala na području druge države ugovornice, prema čijim pravnim propisima ima pravo na naknadu štete od treće osobe, tada zahtjev za naknadu štete prelazi na nositelja prve države ugovornice prema za njega važećim pravnim propisima.
- (2) Ako prava na naknadu štete u pogledu istovrsnih davanja iz istog slučaja pripadaju kako nositelju jedne države ugovornice tako i nositelju druge države ugovornice, tada može treća osoba udovoljiti zahtjevima koji su prema stavku 1. ovog članka prešli na oba nositelja, s oslobađajućim učinkom kroz plaćanje jednom ili drugom nositelju. U internom odnosu nositelji se trebaju srazmjerno namiriti prema davanjima koja trebaju isplatiti.

Član 34.

Dogovaranje oko sporova

Sporovi između država ugovornica oko tumačenja ili primjene ovog sporazuma se trebaju, ako je moguće, riješiti dogovorom između nadležnih organa država ugovornica.

GLAVA V**PRELAZNE I ZAVRŠNE ODREDBE****Član 35.****Prelazne odredbe**

- (1) Ovaj sporazum ne daje pravo na davanja za vrijeme prije njegovog stupanja na snagu ili za lica iz člana 37. stav 3. ovog sporazuma prije 1. oktobra 1996. godine .
- (2) Radi utvrđivanja prava na davanja prema ovom sporazumu uzimaju se u obzir vremena osiguranja, koja su prema pravnim propisima jedne države ugovornice ostvarena prije stupanja na snagu ovog sporazuma.
- (3) Ne dovodeći u pitanje stav 1. ovog člana, Sporazum važi i za slučajeve osiguranja koji su nastupili prije njegovog stupanja na snagu, ako ranije utvrđena davanja nisu nadoknađena plaćanjem glavnice.
- (4) Davanja, koja su utvrđena prije stupanja na snagu ovog sporazuma ili za lica iz člana 37. stav 3. ovog sporazuma prije 1. oktobra 1996 godine ne moraju se nanovo utvrđivati.
- (5) Ako se za lice koje nije obuhvaćeno članom 37. stav 3. ovog sporazuma zahtijeva davanje u roku od dvije godine nakon stupanja na snagu ovog sporazuma, tada se davanja trebaju priznati od stupanja na snagu ovog sporazuma bez mogućnosti da se dotičnom licu priznaju rokovi isključenja ili zastare, inače od dana koji je određen prema pravnim propisima obiju država ugovornica.

Član 36.**Regulisanja tereta osiguranja**

- (1) Nosioci osiguranja u Austriji preuzimaju sva očekivana ili stečena prava lica, koja su 1. januara 1956. godine bila austrijski državljani ili koja su prema austrijskim pravnim propisima u oblasti socijalnog osiguranja bila priznata kao "folksdojčeri", pod uslovima da dotična lica 1. januara 1956. godine na području Austrije nisu samo privremeno boravila , ako su ta očekivana ili stečena prava nastala na osnovu vremena osiguranja ostvarenih prije 1. januara 1956. godine u bivšem jugoslovenskom socijalnom osiguranju (penzijsko i invalidsko osiguranje).
- (2) Nosioci osiguranja u Bosni i Hercegovini preuzimaju sva očekivana ili stečena prava bosanskohercegovačkih državljana, koji su kao jugoslovenski državljani imali prebivalište na području bivše Jugoslavije na dan 1. januara 1956. godine, ako su očekivana ili stečena prava nastala na osnovu vremena osiguranja ostvarenih prije 1. januara 1956. godine u austrijskom socijalnom osiguranju (penzijsko osiguranje, ili osiguranje za slučaj nesreće na poslu).
- (3) Ako treba preuzeti prava na davanja, tada važe opšti uslovi za odgovarajuća davanja kao ispunjeni. Pri tome se za odmjeravanje davanja uzima u obzir vrijeme osiguranja na kome se zasniva preuzeto davanje. Ako to vrijeme ne dostigne dužinu vremena čekanja koje je potrebno za odgovarajuće penzije, tada se za odmjeravanje davanja uzima u obzir vrijeme u dužini tog vremena čekanja.

- (4) Radi uzimanja u obzir očekivanih ili stečenih prava na davanja iz austrijskog penzijskog ili osiguranja kod nesreća na poslu treba primjeniti pravne propise austrijskog Saveznog zakona od 22. novembra 1961.godine o stečenim ili očekivanim pravima na davanja iz penzijskog osiguranja i osiguranja za slučaj nesreće na osnovu zaposlenja u inostranstvu.

Član 37.
Stupanje na snagu

- (1) Ovaj sporazum se treba ratifikovati. Ratifikaciona dokumenta treba što je moguće prije razmijeniti u Beču.
- (2) Ovaj sporazum stupa na snagu prvog dana narednog mjeseca nakon isteka mjeseca, u kome su razmijenjena ratifikaciona dokumenta.
- (3) Odredbe ovog sporazuma koje se odnose na sticanje i odobravanje davanja iz socijalnog osiguranja treba od 1.oktobra 1996.godine primijeniti na lica na koja se primjenjivao Sporazum o socijalnom osiguranju između dvije države ugovornice koji je važio do tog roka. Ako se u vremenu prije stupanja na snagu ovog sporazuma u pogledu odobravanja davanja u naturi postupalo drugačije time je stvar riješena.

Član 38.
Prestanak važenja

- (1) Ovaj sporazum se zaključuje na neodređeno vrijeme. Svaka država ugovornica ga može uz poštivanje roka od tri mjeseca do kraja kalendarske godine pismeno diplomatskim putem otkazati.
- (2) U slučaju otkazivanja ovog sporazuma ostaju prava stečena ovim sporazumom očuvana.

U POTVRDU TOGA opunomoćenici su potpisali ovaj sporazum i ovjerali ga pečatima.

SASTAVLJENO u Sarajevu, dana 12. februara 1999. godine u dva originala na službenim jezicima Bosne i Hercegovine i njemačkom jeziku, pri čemu su svi tekstovi jednako vjerodostojni.

Za: Republiku Austriju



Za: Bosnu i Hercegovinu



S P O R A Z U M

**IZMEĐU REPUBLIKE AUSTRIJE
I BOSNE I HERCEGOVINE
O SOCIJALNOM OSIGURANJU**

Republika Austrija
i
Bosna i Hercegovina

vođene željom da reguliraju međusobne odnose između dvije
države u oblasti socijalnog osiguranja

su se usuglasile zaključiti slijedeći Sporazum

GLAVA I**OPĆE ODREDBE****Članak 1.****Tumačenje pojmova**

(1) U ovom sporazumu izrazi znače :

1. "Pravni propisi"
Zakoni, uredbe, statuti i ostali pravni akti koji se odnose na oblasti iz socijalnog osiguranja Republike Austrije i Bosne i Hercegovine i njenih entiteta koji su označeni u članku 2. stavak 1. ovog sporazuma ;
2. "Nadležni organ"
Savezni ministri ili ministarstva u čijoj ovlasti je primjena pravnih propisa navedenih u članku 2. stavak 1. ovog sporazuma ;
3. "Nositelj"
Ustanova ili organ čija je obveza provodba pravnih propisa ili jednog njihovog dijela označenih u članku 2. stavak 1. ovog sporazuma ;
4. "Nadležni nositelj"
Nositelj, kod kojega je neka osoba u trenutku zahtjeva za davanje osigurana ili prema kojem ono ima ili bi još imala pravo na davanje ako bi se nalazila na području države ugovornice u kojoj je posljednji put bila osigurana;
5. "Prebivalište"
Stalno mjesto boravka;
6. "Boravak"
Mjesto privremenog boravka;
7. "Član obitelji"
Član obitelji prema pravnim propisima države ugovornice u kojoj nositelj, na čiji teret valja obezbjediti davanja, ima svoje prebivalište;
8. "Vrijeme osiguranja"
Vrijeme uplate doprinosa, vrijeme zaposlenja i izjednačeno vrijeme, prema pravnim propisima država ugovornica ;
9. "Novčano davanje", "renta" ili "mirovina" ;
Novčano davanje, renta ili mirovina , uključujući sve njihove dijelove iz javnih sredstava, sve dodatke, iznose razlika i povećanja, otpremnina i plaćanja na ime naknada za doprinos.

(2) U ovom sporazumu drugi izrazi imaju značenje koje im pripada prema pravnim propisima obje države ugovornice.

Članak 2.

Pravni propisi koji se primjenjuju

(1) Ovaj sporazum se odnosi :

1. na austrijske pravne propise o :

- a) zdravstvenom osiguranju;
- b) osiguranju za slučaj nezgode na radu ;
- c) mirovinskom osiguranju s iznimkom posebnog osiguranja za pisarnicu;
- d) novčanom davanju za neuposlenost .

2. na pravne propise Bosne i Hercegovine o :

- a) zdravstvenom osiguranju i zdravstvenoj zaštiti;
- b) osiguranju za slučaj nezgode na radu i profesionalne bolesti;
- c) mirovnom i invalidskom osiguranju;
- d) osiguranju za slučaj neuposlenosti.

(2) Ovaj sporazum se odnosi na sve pravne propise koji obuhvaćaju, mjenjaju ili dopunjuju pravne propise označene u stavku 1. ovog članka.

Članak 3.

Osobe na koja se Sporazum primjenjuje

Ovaj sporazum važi :

- a) za osobe za koja vrijede ili su vrijedili pravni propisi jedne ili obje države ugovornice;
- b) za druge osobe koje svoja prava ostvaruju od u točki a) naznačenih osoba.

Članak 4.

Princip izjednačavanja

(1) Prilikom primjene pravnih propisa jedne države ugovornice izjednačeni su, ako ovaj sporazum drukčije ne određuje, njeni državljani sa državljanima druge države ugovornice.

(2) Stavak 1. ovog članka ne odnosi se na:

- a) pravne propise obiju država ugovornica po pitanju sudjelovanja osiguranika i poslodavca u organima nositelja i saveza kao i donošenju sudskih odluka u oblasti socijalnog osiguranja ;
- b) reguliranja tereta osiguranja u međudržavnim ugovorima država ugovornica sa drugim državama;

32

1719 der Beilagen

- c) na pravne propise obiju država ugovornica koji se odnose na osiguranje osoba zaposlenih u službenom predstavištvu jedne od država ugovornica u trećim državama ili kod članice jednog takvog predstavištva.
- (3) Stavak 1. ovog članka vrijedi glede austrijskih pravnih propisa o uzimanju u obzir razdoblja rata ili izjednačavanja vremena samo za bosansko-hercegovačke državljane koji su neposredno prije 13. ožujka 1938. godine imali austrijsko državljanstvo.

Članak 5.

Transfer davanja

- (1) Ako ovim sporazumom nije drukčije određeno, ne smiju se mirovine, rente i druga novčana davanja, sa izuzetkom davanja za neuposlenost za koje postoji pravo prema pravnim propisima jedne države ugovornice, smanjivati, mijenjati, zaustaviti, oduzeti ili zaplijeniti zbog toga što korisnik ima prebivalište na području druge države ugovornice.
- (2) Stavak 1. ovog člana ne odnosi se :
- a) na dodatke za korekciju prema austrijskim pravnim propisima ;
 - b) na zaštitne dodatke prema pravnim propisima Bosne i Hercegovine.

GLAVA II

ODREDBE PRAVNIH PROPISA KOJI SE PRIMJENJUJU

Članak 6.

Opća odredba

- (1) Obveza osiguranja zaposlene osobe određena je, ako čl. 7. i 8. ovog sporazuma ne utvrđuje drukčije, po pravnim propisima države ugovornice na čijem području je osoba zaposlena.
Ovo vrijedi i pri obavljanju nesamostalne djelatnosti ako se prebivalište zaposlenog ili sjedište poslodavca nalaze na području druge države ugovornice.
- (2) Za službenike i s njima izjednačene osobe vrijede pravni propisi države ugovornice u čijoj upravi su oni zaposleni.

Članak 7.

Posebne odredbe

- (1) Ako se zaposleni u jednom poduzeću, čije je sjedište na području jedne države ugovornice, uputi na područje druge države ugovornice, u tom slučaju se do kraja 24. kalendarskog mjeseca nakon upućivanja i dalje primjenjuju pravni propisi prve države ugovornice, kao da je još zaposlen na tom području.

- (2) Ako se zaposleni u nekoj zrakoplovnoj kompaniji sa sjedištem na području jedne države ugovornice uputi na područje druge države ugovornice, i dalje se primjenju pravni propisi prve države ugovornice, kao da je on još zaposlen na tom području.
- (3) Posada broda kao i druge osobe koje nisu samo privremeno zaposlene na nekom brodu, podliježu pravnim propisima države ugovornice čiju zastavu brod nosi.

Članak 8.

Diplomatsko i konzularno osoblje

- (1) Za članove diplomatskih ili konzularnih predstavništava, te za privatno kućno osoblje u službi članova tih predstavništava, koji su upućeni na područje druge države ugovornice, vrijede pravni propisi države ugovornice koja ih upućuje.
- (2) Za zaposlene iz stavka 1. ovog članka koji nisu upućeni u drugu državu ugovornicu u smislu stavka 1. ovog članka, vrijede pravni propisi države ugovornice na čijem su području zaposleni. Ako su oni državljani druge države ugovornice mogu u roku od tri mjeseca nakon početka zaposlenja izabrati primjenu pravnih propisa druge države ugovornice.

Članak 9.

Iznimke

- (1) Na zajedničko traženje zaposlenog i njegovog poslodavca nadležni organi obiju država ugovornica mogu sporazumno ugovoriti izuzeća od čl. 6. do 8. ovog sporazuma, pri čemu treba voditi računa o vrsti i okolnostima zaposlenja.
- (2) Ako za zaposlenog, prema stavku 1. ovog članka, vrijede pravni propisi jedne države ugovornice i ako on obavlja poslove na području druge države ugovornice, tada se pravni propisi primjenjuju, kao da je on zaposlen na području prve države ugovornice.

GLAVA III

POSEBNE ODREDBE

Poglavlje 1 Bolest i materinstvo

Članak 10.

Zbrajanje vremena osiguranja

Ako je osoba navršila vremena osiguranja prema pravnim propisima obiju država ugovornica, ona se zbrajaju ako je to neophodno za stjecanje prava na davanje i za trajanje tih davanja, ako se ne odnose na isto razdoblje.

34

1719 der Beilagen

Članak 11.**Davanja u naturi**

- (1) Osoba koja ispunjava uvjete za stjecanje prava na davanja prema pravnim propisima jedne države ugovornice i :
- a) ima prebivalište na području druge države ugovornice ili
 - b) čije stanje za vrijeme boravka na području druge države ugovornice neizostavno potrebuje hitno davanje i ako se osoba nije uputila u drugu državu ugovornicu sa ciljem da bude liječnički zbrinuta u drugoj državi ugovornici, ili je
 - c) od nadležnog nositelja dobila odobrenje ili ga dobija, da se može uputiti na područje druge države ugovornice radi liječenja koje zahtijeva njegovo stanje, ima pravo na davanje u naturi na teret nadležnog nositelja od nositelja mjesta prebivališta ili boravka prema pravnim propisima koji vrijede za tog nositelja kao da je ta osoba kod njega osigurana.
- (2) U slučaju iz stavka 1. ovog članka odobrenje proteza, većih pomagala i drugih davanja u naturi veće vrijednosti, zavisi od suglasnosti nadležnog nositelja. Suglasnost nije potrebna ako se pružanje davanja ne može odgoditi, a da se ozbiljno ne ugrozi život ili zdravlje dotične osobe ili ako se prema članku 15. stavak 2. ovog sporazuma, troškovi naknađuju u paušalnom iznosu .
- (3) Predhodni stavovi jednako se primjenjuju i na članove obitelji.
- (4) Stavak 1. slova b) i c) ovog članka, vrijede u Austriji za liječenje kod privatnih liječnika, stomatologa i zubara samo za:
- a) osobe koje borave u Austriji radi zaposlenja, kao i članove njihovih obitelji koji ih prate;
 - b) osobe koje posjećuju svoju obitelj koja ima prebivalište u Austriji ;
 - c) osobe koje iz drugih razloga borave u Austriji, a pruženo im je ambulantno liječenje na račun regionalne bolesničke kase koja dolazi u obzir prema njihovom mjestu boravka.

Članak 12.**Novčana davanja**

- (1) U slučajevima iz članka 11. ovog sporazuma, novčana davanja odobrava nadležni nosilac, prema pravnim propisima koji za njega važe.
- (2) Ako prema pravnim propisima jedne države ugovornice visina novčanih davanja zavisi od broja članova obitelji, tada nadležni nositelj uzima u obzir i članove obitelji koji imaju prebivalište na području druge države ugovornice.

Članak 13.

Korisnik mirovine

- (1) Na korisnika mirovine iz obiju država ugovornica primjenjuju se pravni propisi o zdravstvenom osiguranju umirovljenika one države ugovornice na čijem području ima prebivalište. Pri tom se, u slučaju priznavanja mirovine samo prema pravnim propisima druge države ugovornice, ta mirovina smatra mirovinom prve države ugovornice.
- (2) Stavak 1. ovog članka jednako vrijedi i za podnositelja zahtjeva za mirovinu.

Članak 14.

Nositelji u mjestu prebivališta ili boravka

U slučajevima iz članka 11. i članka 13. stavak 1. druge rečenice ovog sporazuma davanja odobrava:

- u Austriji
regionalna bolesnička kasa koja je nadležna prema mjestu prebivališta ili boravka dotičnog lica;
- u Bosni i Hercegovini
organizacijska jedinica zdravstvenog osiguranja koja je nadležna prema mjestu prebivališta ili boravka dotične osobe.

Članak 15.

Naknada troškova

- (1) Nadležni nositelj nadoknađuje nositelju koji je odobrio davanja iznose plaćene prema članku 11. i članku 13. stavak 1. druga rečenica ovog sporazuma izuzimajući administrativne troškove.
- (2) Nadležni organi mogu se, u cilju administrativnog pojednostavljenja, dogovoriti da za sve slučajeve ili za određene skupine slučajeva vrše paušalna plaćanja umjesto pojedinačnih obračuna plaćanja.
- (3) U slučajevima članka 13. stavak 1. druga rečenica ovog sporazuma naknada troškova za imatelja prava iz austrijskog mirovnog osiguranja nadoknađuju se iz doprinosa za zdravstveno osiguranje umirovljenika, koji se uplaćuju kod Glavnog saveza austrijskih nositelja socijalnog osiguranja.

Poglavlje 2.**Nezgode na radu i profesionalne bolesti****Članak 16.****Davanja u naturi**

- (1) Osoba koja zbog nezgode na radu ili profesionalne bolesti ima pravo na davanja u naturi prema pravnim propisima jedne države ugovornice, a ima prebivalište ili boravak na području druge države ugovornice, ima pravo na davanja u naturi na teret nadležnog nositelja od nositelja u mjestu prebivališta ili boravka, prema pravnim propisima koji vrijede za tog nositelja, kao da je ta osoba kod njega osigurana. U ovim slučajevima jednako se primjenjuje članak 11. stavak 2. ovog sporazuma.
- (2) U slučajevima iz stavka 1. ovog članka davanja u naturi odobravaju
 - u Austriji
regionalna bolesnička kasa koja je nadležna prema mjestu prebivališta ili boravka dotične osobe ili nositelj za slučaj nezgode na radu,
 - u Bosni i Hercegovini
nadležna organizacijska jedinica zdravstvenog osiguranja koja je nadležna prema mjestu prebivališta ili boravka dotične osobe.
- (3) Pravni propisi Bosne i Hercegovine prema kojima se davanje u naturi isplaćuje na teret pravnog ili fizičkog lica kod kojeg je dotična osoba bila zaposlena u momentu nastanka nezgode na radu ili profesionalne bolesti, važe i za slučajeve iz stavka 1. ovog članka.
- (4) Za naknadu troškova prema stavku 1. ovog članka jednako se primjenjuje članak 15. ovog sporazuma.

Članak 17.**Nezgode na putovanju**

- (1) Ako se lice, koje ima prebivalište na području jedne države ugovornice na temelju propisanog ugovora o radu uputi na rad u drugu državu ugovornicu radi stupanja na rad i na tom najkraćem putu bez prekida do mjesta rada doživi nezgodu, naknadu za tu nezgodu isplaćuje nositelj te države ugovornice suglasno pravnim propisima o osiguranju za slučaj nezgode na radu. To vrijedi i za nezgodu koju zaposleni doživi pri povratku u državu prebivališta, neposredno nakon isteka ugovora o radu na temelju koga je upućen u drugu državu ugovornicu.
- (2) Ako na službenom putu dode do nezgode na području države ugovornice koja nije nadležna država, smatrat će se kao da je nezgoda nastala na području nadležne države.

Članak 18.

Profesionalne bolesti

- (1) Ako odobrenje davanja za profesionalnu bolest, prema pravnim propisima jedne države ugovornice, ovisi o tome je li bolest po prvi put liječnički utvrđena na području te države ugovornice, tada se taj uvjet smatra ispunjenim, ako je dotična bolest utvrđena po prvi put na području druge države ugovornice.
- (2) Ako pravni propisi jedne države ugovornice predviđaju da se davanja temeljem profesionalne bolesti odobravaju samo onda ako je djelatnost koja može izazvati bolest obavljena tijekom jednog minimalnog razdoblja, tada nadležni nositelj te države ugovornice, ako je potrebno uzima u obzir razdoblje tijekom kojeg je djelatnost obavljena, tijekom kojeg vremena su vrijedili pravni propisi druge države ugovornice.

Članak 19.

Naknade za profesionalne bolesti

- (1) Ako bi pravo na naknadu za profesionalnu bolest postojalo prema pravnim propisima obiju država ugovornica, davanja se odobravaju samo prema pravnim propisima one države ugovornice na čijem je području posljednji put obavljena djelatnost koja je mogla uzrokovati profesionalnu bolest, ako dotična osoba ispunjava uvjete predviđene ovim pravnim propisima.
- (2) Ako je osoba koje boluje od profesionalne bolesti primala ili prima davanja na teret nositelja jedne države ugovornice i ako, nakon što je prema pravnim propisima druge države ugovornice obavljala djelatnost koja je mogla prouzročiti profesionalnu bolest, zbog pogoršanja zatraži davanja od nositelja druge države ugovornice, tada nositelj prve države ugovornice i dalje snosi troškove davanja bez obzira na pogoršanje, prema pravnim propisima koji vrijede za njega. Nadležni nositelj druge države ugovornice odobrava davanje u visini razlike između davanja koje pripada nakon pogoršanja i davanja koje bi pripadalo prema njegovim pravnim propisima prije pogoršanja, da je bolest nastupila prema tim pravnim propisima.

Poglavlje 3.

Starost, invalidnost i smrt (mirovine)

Članak 20.

Zbrajanje vremena osiguranja

- (1) Ako prema pravnim propisima jedne države ugovornice sticanje, održavanje ili ponovno uspostavljanje prava na davanje ovisi o ostvarenom vremenu osiguranja, tada nadležni nositelj te države ugovornice, ako je potrebno, uzima u obzir ostvareno vrijeme osiguranja prema pravnim propisima druge države ugovornice kao da je vrijeme

osiguranja ostvareno prema pravnim propisima koje on primjenjuje, ako se ne odnosi na isto vrijeme.

- (2) Ako prema pravnim propisima jedne države ugovornice odobravanje stanovitih davanja ovisi o ostvarenom vremenu osiguranja u zvanju za koje postoji poseban sustav ili u nekoj određenoj struci, ili u određenom zaposlenju, tada se za odobravanje tih davanja uzimaju u obzir ostvarena vremena osiguranja prema pravnim propisima druge države ugovornice samo ako su ostvarena u odgovarajućem sustavu, odnosno ako takav sustav ne postoji, u istoj struci, ili u istom zaposlenju.
- (3) Ako se prema pravnim propisima jedne države ugovornice vrijeme u kojem moraju biti navršena vremena osiguranja produljuje za vrijeme primanja mirovine tada se to vrijeme produljuje i za odgovarajuće vrijeme primanja mirovine prema pravnim propisima druge države ugovornice.
- (4) Ako je prema pravnim propisima Bosne i Hercegovine uvjet za stjecanje, održavanje ili ponovno priznavanje prava na davanja postojanje stanovitih činjeničnih stanja, isto vrijedi i za odgovarajuća činjenična stanja u Austriji .
- (5) Pri provedbi st. 1. i 2. ovog članka austrijski nositelj preračunava bosanskohercegovačka vremena osiguranja izražena u danima u mjesecu pri čemu 30 dana odgovara jednom mjesecu. Preostali dani računaju se pri tome kao cijeli mjesec.

Članak 21.

Vremena osiguranja ispod jedne godine

- (1) Ako vremena osiguranja koja se uzimaju u obzir prema pravnim propisima države ugovornice ne budu ostvarena za ukupno 12 mjeseci za obračun davanja, tada se prema tim pravnim propisima neće priznati nikakvo davanje. Ovo nije slučaj, ako prema tim pravnim propisima postoji pravo na davanje na temelju tog ostvarenog vremena.
- (2) Vremena osiguranja navedena u stavku 1. ovog članka prva rečenica ,nosilac druge države ugovornice uzet će u obzir za stjecanje, održavanje i ponovno uspostavljanje prava na davanje, kao i njegovog opsega, na način kao da je to vrijeme ostvareno prema pravnim propisima koje primjenjuje.

Članak 22.

Utvrđivanje austrijskih davanja

- (1) Ako prema austrijskim pravnim propisima postoji pravo na davanje i bez primjene članka 20. ovog sporazuma, tada nadležni austrijski nositelj treba utvrditi davanje isključivo na temelju vremena osiguranja, koje se uzima u obzir prema austrijskim pravnim propisima.
- (2) Ako prema austrijskim pravnim propisima postoji pravo na davanje samo uz primjenu članka 20. ovog sporazuma, tada nadležni austrijski nositelj utvrđuje davanje isključivo na temelju vremena osiguranja koje se uzima u obzir prema austrijskim pravnim propisima uzimajući u obzir sljedeće odredbe :

1. Davanja ili dijelovi davanja, čiji iznos nije ovisan o trajanju ostvarenog vremena osiguranja, pripadaju u odnosu između vremena osiguranja koje se uzima u obzir za izračunavanje davanja prema austrijskim pravnim propisima i 30 godina, ali najviše do visine punog iznosa.
2. Ako se prilikom izračunavanja davanja na invalidnost ili za nasljednike treba uzeti u obzir i postojeće vrijeme nakon nastanka osiguranog slučaja, tada to vrijeme treba uzeti samo u odnosu u kome se vrijeme osiguranja koje se uzima u obzir za izračunavanje davanja prema austrijskim pravnim propisima nalazi prema dvjema trećinama punih kalendarskih mjeseci od navršene 16 godine života te osobe do nastanka osiguranog slučaja, ali najviše do visine punog iznosa.
3. Točka 1. ovog stava ne vrijedi :
 - a) za davanja iz dopunskog osiguranja ;
 - b) za davanja ili dijelove davanja koji ovise o prihodima, a koriste se za osiguranje minimalnog prihoda.

Članak 23.

Utvrđivanje davanja Bosne i Hercegovine

- (1) Ako prema pravnim propisima Bosne i Hercegovine postoji pravo na davanje i bez primjene članka 20. ovog sporazuma, tada nadležni bosanskohercegovački nositelj utvrđuje davanje isključivo na temelju vremena osiguranja koje uzima u obzir prema pravnim propisima Bosne i Hercegovine.
- (2) Ako prema pravnim propisima Bosne i Hercegovine postoji pravo na davanje samo uz primjenu članka 20. ovog sporazuma tada nadležni bosanskohercegovački nositelj utvrđuje davanja na sljedeći način :
 1. Prvo obračuna teoretski iznos davanja na koji bi osiguranik imao pravo kad bi sva zbrojena vremena osiguranja koja treba uzeti u obzir prema pravnim propisima obiju država ugovornica bila navršena prema pravnim propisima Bosne i Hercegovine.
 2. Bosanskohercegovački nositelj utvrđuje stvarni iznos davanja na koji osiguranik ima pravo tako da teorijski iznos davanja iz stavka 2. točke 1. ovog članka svodi na odnos između trajanja vremena osiguranja navršenog u smislu pravnih propisa koje on primjenjuje i ukupno zbrojenih vremena osiguranja prema pravnim propisima obiju država ugovornica.
- (3) Ako je ukupno trajanje vremena osiguranja u obje države ugovornice duže od najduljeg trajanja vremena propisanog pravnim propisima Bosne i Hercegovine, za izračunavanje najvećeg iznosa davanja iz stavka 2. tačke 1. i 2. ovog članka, bosanskohercegovački nositelj uzima u obzir to najdulje trajanje umjesto ukupno zbrojenih vremena osiguranja.

40

1719 der Beilagen

Poglavlje 4.**Neuposlenost****Članak 24.****Zbrajanje vremena osiguranja**

- (1) Ostvarena vremena osiguranja, prema pravnim propisima jedne države ugovornice, uzimaju se u obzir kod prava na davanje pri neuposlenosti prema pravnim propisima druge države ugovornice, ako je neuposleni u državi ugovornici u kojoj polaže pravo na jedno takvo davanje u zadnjih dvanaest mjeseci prije podnošenja zahtjeva na to davanje bio osiguran ukupno najmanje 26 tjedana, bez povrede propisa o zapošljavanju stranih radnika.
- (2) U stavku 1. ovog članka utvrđeni uslovi o minimalnom vremenu osiguranja od 26 tjedana ne vrijede za neuposlene čije je zaposlenje bilo predviđeno na dulje vrijeme, ako je prekinuto prije navršenih 26 tjedana, ne njihovom krivicom, ili koji imaju državljanstvo one države ugovornice u kojoj su podnijeli zahtjev na davanje.

Članak 25.**Trajanje davanja**

Trajanje davanja se skraćuje za ono vrijeme za koje je neuposleni u drugoj državi ugovornici u posljednjih 12 mjeseci prije dana postavljanja zahtjeva već ostvario davanje za neuposlenost.

GLAVA IV**RAZNE ODREDBE****Članak 26.****Zadaće nadležnih organa, administrativna i
pravna pomoć**

- (1) Nadležni organi regulirat će dogovorno upravne mjere potrebite za provedbu ovog sporazuma.
- (2) Nadležni organi obiju država ugovornica izvještavat će jedna drugu:
- a) o svim mjerama poduzetim za primjenu ovog sporazuma;

- b) o svim izmjenama njihovih pravnih propisa u svezi primjene ovog sporazuma.
- (3) Kod primjene ovog sporazuma organi i nositelji država ugovornica međusobno će se potpomagati i djelovati kao da primjenjuju svoje vlastite pravne propise. Ova administrativna pomoć je besplatna.
- (4) Nositelji osiguranja i organi država ugovornica glede primjene ovog sporazuma mogu stupati u vezu jedni sa drugim, s osobama u postupku ili njihovim opunomoćenicima.
- (5) Nositelji osiguranja i organi jedne države ugovornice ne smiju odbiti zahtjeve i ostale spise koji im stignu, zbog toga što su sastavljeni na jednom od službenih jezika druge države ugovornice.
- (6) Liječnički pregledi koji se obavljaju pri sprovedbi pravnih propisa jedne države ugovornice, a odnose se na osobe koje borave na području druge države ugovornice ili tamo imaju prebivalište bit će obavljani na zahtjev i teret nadležnog nositelja od strane nositelja određenog prema mjestu prebivališta ili boravka. Ako se liječnički pregledi provode u interesu nositelja obiju država ugovornica, tada se troškovi neće naknađivati.
- (7) Za sudsku pravnu pomoć vrijede odredbe koje se primjenjuju za pravnu pomoć u građanskim pravnim stvarima.

Članak 27.

Službe za vezu

Nadležni organi trebaju u cilju olakšavanja provedbe ovog sporazuma, a posebice radi uspostavljanja jednostavne i brze veze između oba nositelja koji dolaze u obzir, osnovati službe za vezu.

Članak 28.

Oslobađanje od poreza i ovjere

- (1) Svatko, u propisima jedne države ugovornice predviđeno oslobađanje ili smanjenje poreza, sudskih, i taksi za pismene podneske ili dokumenta, koje trebaju predložiti kod primjene ovih pravnih propisa proteže se na odgovarajuće pismene podneske i dokumente koji se trebaju predložiti u primjeni ovog sporazuma ili pravnih propisa druge države ugovornice.
- (2) Isprave, dokumenta i pismeni podnesci, svake vrste, koji se moraju predložiti u primjeni ovog sporazuma, ne trebaju biti ovjereni.

Članak 29.**Podnošenje pisмениh podnesaka**

- (1) Zahtjevi, izjave ili pravna sredstva koji se u primjeni ovog sporazuma, ili pravnih propisa jedne države ugovornice trebaju podnijeti nekom organu, nositelju ili drugoj nadležnoj ustanovi jedne države ugovornice, smatraju se kao zahtjevi, izjave ili pravna sredstva podnešena organu, nositelju ili drugoj nadležnoj ustanovi druge države ugovornice.
- (2) Zahtjev postavljen prema pravnim propisima jedne države ugovornice za neko davanje vrijedi i kao zahtjev za neko odgovarajuće davanje prema pravnim propisima druge države ugovornice koja dolazi u obzir na temelju ovog sporazuma. Ovo nije slučaj ako podnositelj zahtjeva izričito zatraži, da se utvrđivanje stečenog davanja kod starosti prema pravnim propisima druge države ugovornice, odgodi.
- (3) Zahtjevi, izjave ili pravna sredstva koja se u primjeni pravnih propisa jedne države ugovornice trebaju podnijeti unutar određenog roka nekom organu, nositelju ili drugoj nadležnoj ustanovi te države ugovornice, mogu u istom roku biti podnešeni odgovarajućoj službi druge države ugovornice.
- (4) U slučajevima st. 1. do 3. ovog članka, prosljeđuje dotična služba te zahtjeve, izjave ili pravna sredstva, bilo izravno ili putem službi za vezu država ugovornica bez odlaganja odgovarajućoj nadležnoj službi druge države ugovornice.

Članak 30.**Platni promet**

- (1) Nosioци obavezni za novčana davanja mogu izvršiti plaćanja ovlaštenim u drugoj državi ugovornici s oslobadajućim djelstvom u valuti koja vrijedi u njihovoj državi.
- (2) Novčana davanja predviđena ovim sporazumom trebaju uslijediti u valuti države ugovornice u kojoj svoje sjedište ima nositelj koji je odobrio davanje.
- (3) Doznake na temelju ovog sporazuma vrše se na temelju dogovora o plaćanju koji vrijedi na ovom području u obje države ugovornice u trenutku doznačavanja.

Članak 31.**Izvršni postupak**

- (1) Izvršne odluke sudova kao i izvršna rješenja i isprave nositelja ili organa jedne države ugovornice o doprinosima i ostalim potraživanjima iz socijalnog osiguranja priznaju se u drugoj državi ugovornici.
- (2) Priznavanje se smije uskratiti samo onda, ako je ono u suprotnosti sa javnim poretком države ugovornice u kojoj se treba priznati odluka ili isprava.

- (3) Izvršne isprave i odluke priznate prema stavku 1. ovog članka izvršavaju se u drugoj državi ugovornici. Izvršni postupak provodi se prema pravnim propisima koji vrijede u državi ugovornici na čijem području se provodi izvršenje donesenih odgovarajućih odluka i isprava. Primjerak odluke ili isprave mora imati potvrdu njene izvršnosti (klauzula o izvršenju).

Članak 32.

Obračun akontacije

- (1) Ako je nositelj jedne države ugovornice platio predujam , tada se može zadržati isplata zaostatka odgovarajućeg davanja za isto vremensko razdoblje, a za koje postoji pravo prema pravnim propisima druge države ugovornice. Ako je nositelj jedne države ugovornice za vrijeme za koje nositelj druge države ugovornice treba izvršiti naknadno odgovarajuće davanje, platio davanje više nego pripada, tada taj iznos koji prelazi to davanje vrijedi do visine iznosa koji se naknadno treba isplatiti kao predujam u smislu ovog stavka.
- (2) Ako nositelj socijalne pomoći jedne države ugovornice odobri neko davanje tijekom jednog vremena za koje naknadno prema pravnim propisima druge države ugovornice nastane pravo na novčana davanja, tada nadležni nositelj te države ugovornice na traženje i za račun nositelja socijalne pomoći, zadržava naknadna plaćanja dospjela za isto vrijeme do visine plaćenih davanja na ime socijalne pomoći, kao da se tu radi o plaćenom davanju od nositelja socijalne pomoći druge države ugovornice.

Članak 33.

Naknada štete

- (1) Ako osoba koja treba primiti davanja prema pravnim propisima jedne države ugovornice na ime štete koja je nastala na području druge države ugovornice, prema čijim pravnim propisima ima pravo na naknadu štete od treće osobe, tada zahtjev za naknadu štete prelazi na nositelja prve države ugovornice prema za njega važećim pravnim propisima.
- (2) Ako prava na naknadu štete u pogledu istovrsnih davanja iz istog slučaja pripadaju kako nositelju jedne države ugovornice tako i nositelju druge države ugovornice, tada može treća osoba udovoljiti zahtjevima koji su prema stavku 1. ovog članka prešli na oba nositelja, s oslobadajućim učinkom kroz plaćanje jednom ili drugom nositelju. U internom odnosu nositelji se trebaju srazmjerno namiriti prema davanjima koja trebaju isplatiti.

Članak 34.

Dogovaranje oko sporova

Sporovi između država ugovornica oko tumačenja ili primjene ovog sporazuma se trebaju, ako je moguće, riješiti dogovorom između nadležnih organa država ugovornica.

GLAVA V**PRELAZNE I ZAVRŠNE ODREDBE****Članak 35.****Prelazne odredbe**

- (1) Ovaj sporazum ne daje za pravo na davanja za vrijeme prije njegovog stupanja na snagu ili za osobe iz članka 37. stavak 3. ovog sporazuma prije 1. listopada 1996. godine .
- (2) Radi utvrđivanja prava na davanja prema ovom sporazumu uzimaju se u obzir vremena osiguranja, koja su prema pravnim propisima jedne države ugovornice ostvarena prije stupanja na snagu ovog sporazuma.
- (3) Ne dovodeći u pitanje stavak 1. ovog članka, sporazum vrijedi i za slučajeve osiguranja koji su nastupili prije njegovog stupanja na snagu, ako ranije utvrđena davanja nisu nadoknađena plaćanjem glavnice.
- (4) Davanja, koja su utvrđena prije stupanja na snagu ovog sporazuma ili za osobe iz članka 37. stavak 3. ovog sporazuma prije 1. listopada 1996. godine ne moraju se ponovno utvrđivati.
- (5) Ako se za osobu koja nije obuhvaćena člankom 37. stavak 3. ovog sporazuma zahtijevaju davanja u roku od dvije godine nakon stupanja na snagu ovog sporazuma, tada se davanja trebaju priznati od stupanja na snagu ovog sporazuma bez mogućnosti da se dotičnoj osobi priznaju rokovi isključenja ili zastare, inače od dana koji je određen prema pravnim propisima obiju država ugovornica.

Članak 36.**Regulisanja tereta osiguranja**

- (1) Nositelji osiguranja u Austriji preuzimaju sva očekivana ili stečena prava osoba, koje su 1. siječnja 1956. godine bile austrijski državljani ili koje su prema austrijskim pravnim propisima u oblasti socijalnog osiguranja bile priznate kao "folksdojčeri", pod uvjetima da dotične osobe 1. siječnja 1956. godine na području Austrije nisu samo privremeno boravile , ako su ta očekivana ili stečena prava nastala na temelju vremena osiguranja ostvarenih prije 1. siječnja 1956. godine u bivšem jugoslovenskom socijalnom osiguranju (mirovinsko ili invalidsko osiguranje).
- (2) Nositelji osiguranja u Bosni i Hercegovini preuzimaju sva očekivana ili stečena prava bosanskohercegovačkih državljana, koji su kao jugoslovenski državljani imali prebivalište na području bivše Jugoslavije na dan 1. siječnja 1956. godine, ako su očekivana ili stečena prava nastala na temelju vremena osiguranja ostvarenih prije 1. siječnja 1956. godine u austrijskom socijalnom osiguranju (mirovinsko osiguranje, ili osiguranje za slučaj nezgode na radu).
- (3) Ako treba preuzeti prava na davanja, tada vrijede opći uvjeti za odgovarajuća davanja kao ispunjeni. Pri tome se za odmjerenje davanja uzima u obzir vrijeme osiguranja na kojem se zasniva preuzeto davanje. Ako to vrijeme ne dostigne duljinu vremena čekanja koje je potrebno za odgovarajuće mirovine, tada se za odmjerenje davanja uzima u obzir vrijeme u duljini tog vremena čekanja.

1719 der Beilagen

45

- (4) Radi uzimanja u obzir očekivanih ili stečenih prava na davanja iz austrijskog mirovinskog ili osiguranja kod nezgoda na radu treba primijeniti pravne propise austrijskog Saveznog zakona od 22. studenog 1961.godine o stečenim ili očekivanim pravima na davanja iz mirovinskog osiguranja i osiguranja za slučaj nezgode na temelju zaposlenja u inozemstvu.

Članak 37.

Stupanje na snagu

- (1) Ovaj sporazum se treba ratificirati. Ratifikacijske dokumente treba što je moguće prije razmijeniti u Beču.
- (2) Ovaj sporazum stupa na snagu prvog dana narednog mjeseca nakon isteka mjeseca, u kojem su razmijenjeni ratifikacijski dokumenti.
- (3) Odredbe ovog sporazuma koje se odnose na stjecanje i odobravanje davanja iz socijalnog osiguranja treba od 1.listopada 1996.godine primijeniti na osobe na koje se primjenjivao Sporazum o socijalnom osiguranju između dvije države ugovornice koji je vrijedio do tog roka. Ako se u vremenu prije stupanja na snagu ovog sporazuma u pogledu odobravanja davanja u naturi postupalo drugačije time je stvar riješena.

Članak 38.

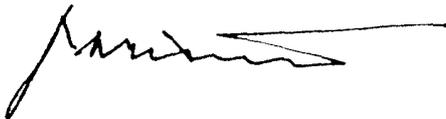
Prestanak važenja

- (1) Ovaj sporazum se zaključuje na neodređeno vrijeme. Svaka država ugovornica ga može uz poštivanje roka od tri mjeseca do kraja kalendarske godine pismeno diplomatskim putem otkazati.
- (2) U slučaju otkazivanja ovog sporazuma ostaju prava stečena ovim sporazumom očuvana.

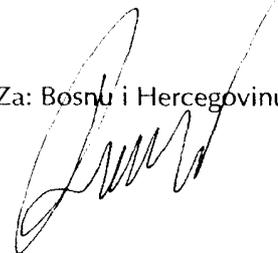
U POTVRDU TOGA opunomoćenici su potpisali ovaj sporazum i ovjerali ga pečatima.

SASTAVLJENO u Sarajevu, dana 12. veljače 1999. godine u dva originala na njemačkom jeziku i službenim jezicima Bosne i Hercegovine, pri čemu su svi tekstovi jednako vjerodostojni.

Za: Republiku Austriju:



Za: Bosnu i Hercegovinu



С П О Р А З У М
ИЗМЕЂУ РЕПУБЛИКЕ АУСТРИЈЕ
И БОСНЕ И ХЕРЦЕГОВИНЕ
О СОЦИЈАЛНОМ ОСИГУРАЊУ

Република Аустрија
и
Босна и Херцеговина

вођене жељом да регулишу међусобне односе између две
државе у области социјалног осигурања

усагласиле су се да закључе следећи Споразум

Г Л А В А I

ОПШТЕ ОДРЕДБЕ

Члан 1.

Утврђивање појмова

(1) У овом споразуму појмови значе:

1. "Правни прописи"
Закони, уредбе, статuti и остали правни акти који се односе на област из социјалног осигурања Републике Аустрије и Босне и Херцеговине и њених ентитета који су означени у члану 2. став 1. овог споразума;
2. "Надлежни орган"
Савезни министри или министарства у чијој надлежности је примена правних прописа наведених у члану 2. став 1. овог споразума;
3. "Носилац"
Установа или орган чија је обавеза провођење правних прописа или једног њиховог дела означених у члану 2. став 1. овог споразума;
4. "Надлежни носилац"
Носилац, код кога је неко лице у тренутку захтева за давање осигурано или према коме оно има или би још имало право на давање ако би се налазило на подручју државе уговорнице у којој је последњи пут било осигурано;
5. "Пребивалиште"
Стално место боравка;
6. "Боравак"
Место привременог боравка;
7. "Члан породице"
Члан породице према правним прописима државе уговорнице у којој носилац, на чији терет треба обезбедити давања, има своје пребивалиште;
8. "Време осигурања"
Време уплате доприноса, време запослења и изједначено време, према правним прописима држава уговорница;
9. "Новчано давање", "рента" или "пензија"
Новчано давање, рента или пензија, укључујући све њихове делове из јавних средстава, све додатке, износе разлика и повећања, отпремнина и

48

1719 der Beilagen

плаћања на име накнада за допринос.

(2) У овом споразуму други појмови имају значење које им припада према правним прописима обе државе уговорнице

Члан 2.

Правни прописи који се примењују

(1) Овај споразум се односи:

1. на аустријске правне прописе о:

- а) здравственом осигурању;
- б) осигурању за случај повреде на раду;
- ц) пензијском осигурању са изузетком посебног осигурања за писарницу;
- д) новчаном давању за незапосленост.

2. на правне прописе Босне и Херцеговине о:

- а) здравственом осигурању и здравственој заштити;
- б) осигурању за случај повреде на раду и професионалне болести;
- ц) пензијском и инвалидском осигурању;
- д) осигурању за случај незапослености.

(2) Овај споразум се односи на све правне прописе који обухватају мењају или допуњују правне прописе означене у ставу 1. овог члана.

Члан 3.

Лица на која се Споразум примењује

Овај споразум важи:

- а) за лица за која важе или су важили правни прописи једне или обе државе уговорнице;
- б) за друга лица која своја права остварују од у тачки а) назначених лица.

1719 der Beilagen

49

Члан 4.

Принцип изједначавања

(1) Приликом примене правних прописа једне државе уговорнице изједначени су, ако овај споразум другачије не одређује, њени држављани са држављанима друге државе уговорнице.

(2) Став 1. овог члана не односи се на:

а) правне прописе обеју држава уговорница по питању суделовања осигураника и послодаваца у органима носиоца и савеза као и доношењу судских одлука у области социјалног осигурања;

б) регулисања терета осигурања у међудржавним уговорима држава уговорница са другим државама;

ц) правне прописе обеју држава уговорница који се односе на осигурање лица запослених у службеном представништву једне од држава уговорница у трећим државама или код чланице једног таквог представништва.

(3) Став 1. овог члана важи у погледу аустријских правних прописа о узимању у обзир периода рата или изједначавања времена само за босанскохерцеговачке држављане који су непосредно пре 13. марта 1938. године имали аустријско држављанство.

Члан 5.

Трансфер давања

(1) Ако овим споразумом није другачије одређено, не смеју се пензије, ренте и друга новчана давања, са изузетком давања за незапосленост за које постоји право према правним прописима једне државе уговорнице, смањивати, мењати, зауставити, одузети или запленити због тога што корисник има пребивалиште на територији друге државе уговорнице.

(2) Став 1. овог члана не односи се:

а) на додатке за корекцију према аустријским правним прописима;

б) на заштитне додатке према правним прописима Босне и Херцеговине.

ГЛАВА II

ОДРЕДБЕ ПРАВНИХ ПРОПИСА КОЈИ СЕ
ПРИМЈЕЊУЈУ

Члан 6.

Општа одредба

(1) Обавеза осигурања запосленог лица одређује се, ако чланови 7. и 8. овог споразума не утврде другачије, по правним прописима државе уговорнице на чијој територији је лице запослено. Ово важи и при обављању независне делатности ако се пребивалиште запосленог или седиште послодавца налазе на територији друге државе уговорнице.

(2) За службенике и са њима изједначена лица важе правни прописи државе уговорнице у чијој управи су они запослени.

Члан 7.

Посебне одредбе

(1) Ако се запослени у једном предузећу, чије је седиште на територији једне државе уговорнице, упути на територију друге државе уговорнице, у том случају се до краја 24. календарског месеца након упућивања и даље примењују правни прописи прве државе уговорнице као да је још запослен на њеној територији.

(2) Ако се запослени у некој ваздухопловној компанији са седиштем на територији једне државе уговорнице упути на територију друге државе уговорнице, и даље се примењују правни прописи прве државе уговорнице, као да је он још запослен на њеној територији.

(3) Посада брода као и друга лица која нису само привремено запослена на неком броду, подлежу правним прописима државе уговорнице под чијом заставом брод плови.

Члан 8.

Дипломатско и конзуларно особље

(1) За чланове дипломатских или конзуларних представништава, те за приватну кућну послугу у служби чланова тих представништава, који су упућени на територију друге државе уговорнице, важе правни прописи државе уговорнице која их упућује.

(2) За запослене из става 1. овог члана који нису упућени у другу државу уговорницу у смислу става 1. овог члана, важе правни прописи државе уговорнице на чијој су територији запослени. Ако су они држављани друге државе уговорнице могу у року од три месеца након почетка запослења изабрати примену правних прописа друге државе уговорнице.

Члан 9.

Изузеци

(1) На заједничко тражење запосленог и његовог послодавца, надлежни органи обеју држава уговорница могу споразумно уговорити изузећа од чланова 6. до 8. овог споразума, при чему треба водити рачуна о врсти и околностима запослења.

(2) Ако за запосленог, према ставу 1. овог члана, важе правни прописи једне државе уговорнице и ако он обавља послове на територију друге државе уговорнице, тада се правни прописи примењују као да је он запослен на територији прве државе уговорнице.

1719 der Beilagen

51

ГЛАВА III

ПОСЕБНЕ ОДРЕДБЕ

Поглавље 1

Болест и материнство

Члан 10.

Сабирање времена осигурања

Ако је лице навршило времена осигурања према правним прописима обеју држава уговорница, она се сабирају ако је то неопходно за стицање права на давање и за трајање тих давања, ако се не односе на исти период.

Члан 11.

Давања у природи

(1) Лице које испуњава услове за стицање права на давања према правним прописима једне државе уговорнице и:

- а) има пребивалиште на територији друге државе уговорнице или
- б) чије стање за време боравка на територији друге државе уговорнице неизоставно захтева хитно давање и ако се лице није упутило у другу државу уговорницу са циљем да буде лекарски збринато у другој држави уговорници, или је
- ц) од надлежног носиоца добило одобрење или га добија да се може упутити на територију друге државе уговорнице ради лечења које захтева његово стање,

има право на давање у природи на терет надлежног носиоца од носиоца места пребивалишта или боравка према правним прописима који важе за тог носиоца као да је то лице код њега осигурано.

(2) У случају из става 1. овог члана одобрење протеза, помагала и других давања у природи веће вриједности, зависи од сагласности надлежног носиоца. Сагласност није потребна ако се одобравање давања не може одгодити а да се озбиљно не угрози живот или здравље дотичног лица, или ако се према члану 15. став 2. овог споразума трошкови накнађују у паушалном износу.

(3) Предходни ставови једнако се примењују и на чланове породице.

(4) Став 1. слова б) и ц) овог члана важе у Аустрији за лечење код приватних лекара, стоматолога и зубара само за:

- а) лица која бораве у Аустрији ради запослења као и чланове њихових породица који их прате;
- б) лица која посеђују своју породицу која има пребивалиште у Аустрији;

52

1719 der Beilagen

ц) лица која из других разлога бораве у Аустрији, а одобрено им је амбулантно лечење на рачун регионалне болесничке касе која долази у обзир према њиховом месту боравка.

Члан 12.

Новчана давања

(1) У случајевима из члана 11. овог споразума, новчана давања одобрава надлежни носилац према правним прописима који за њега важе.

(2) Ако према правним прописима једне државе уговорнице износ новчаних давања зависи од броја чланова породице, тада надлежни носилац узима у обзир и чланове породице који имају пребивалиште на територији друге државе уговорнице.

Члан 13.

Корисник пензије

(1) На корисника пензије из обеју држава уговорница примењују се правни прописи о здравственом осигурању пензионера оне државе уговорнице на чијој територији има пребивалиште. При томе се, у случају признавања пензије само према правним прописима друге државе уговорнице, та пензија сматра пензијом прве државе уговорнице.

(2) Став 1. овог члана једнако важи и за подносиоца захтева за пензију.

Члан 14.

Носиоци у месту пребивалишта или боравка

У случајевима из члана 11. и члана 13. став 1. друга реченица овог споразума, давања одобрава:

- у Аустрији - регионална болесничка каса која је надлежна према месту пребивалишта или боравка дотичног лица;

- у Босни и Херцеговини - организациона јединица здравственог осигурања која је надлежна према месту пребивалишта или боравка дотичног лица.

Члан 15.

Накнада трошкова

(1) Надлежни носилац надокнађује носиоцу који је одобрио давања износе плаћене према члану 11. и члану 13. став 1. друга реченица овог споразума, изузимајући административне трошкове.

(2) Надлежни органи могу се, у циљу административног поједностављења, договорити да за све случајеве или за одређене групе случајева врше паушална плаћања уместо појединачних обрачуна плаћања.

1719 der Beilagen

53

(3) У случајевима из члана 13. став 1. друга реченица овог споразума, накнада трошкова за имаоца права из аустријског пензијског осигурања надокнађује се из доприноса за здравствено осигурање пензионера који се уплаћују код Главног савеза аустријских носиоца социјалног осигурања.

Поглавље 2.

Повреде на раду и професионалне болести

Члан 16.

Давања у природи

(1) Лице које због повреде на раду или професионалне болести има право на давања у природи према правним прописима једне државе уговорнице, а има пребивалиште или боравак на територији друге државе уговорнице, има право на давања у природи на терет надлежног носиоца од носиоца у месту пребивалишта или боравка, према правним прописима који важе за тог носиоца, као да је то лице код њега осигурано. У овим случајевима једнако се примењује члан 11. став 2. овог споразума.

(2) У случајевима из става 1. овог члана давања у природи одобравају:

- у Аустрији - регионална болесничка каса која је надлежна према месту пребивалишта или боравка дотичног лица или носилац за случај повреде на раду,
- у Босни и Херцеговини - надлежна организациона јединица здравственог осигурања која је надлежна према месту пребивалишта или боравка дотичног лица.

(3) Правни прописи Босне и Херцеговине, према којима се давање у природи исплаћује на терет правног или физичког лица код којег је дотично лице било запослено у моменту настанка повреде на раду или професионалне болести, важе и за случајеве из става 1. овог члана.

(4) За накнаду трошкова према ставу 1. овог члана једнако се примењује члан 15. овог споразума.

Члан 17.

Несрећа на путовању

(1) Ако се лице које има пребивалиште на територији једне државе уговорнице по основу прописаног уговора о раду упути на рад у другу државу уговорницу ради ступања на посао и на том најкраћем путу без прекида до места рада доживи несрећу, накнаду за ту несрећу исплаћује носилац те државе уговорнице сагласно правним прописима о осигурању за случај повреде на раду. То важи и за несрећу коју запослени доживи при повратку у државу пребивалишта непосредно након истека уговора о раду на основу кога је упућен у другу државу уговорницу.

(2) Ако на службеном путу дође до несреће на територији државе уговорнице која није надлежна држава, сматраће се као да је несрећа настала на територији надлежне државе.

54

1719 der Beilagen

Члан 18.

Професионалне болести

(1) Ако одобрење давања за професионалну болест, према правним прописима једне државе уговорнице, зависи од тога да ли је болест по први пут лекарски утврђена на територији те државе уговорнице, тада се тај услов сматра испуњеним ако је дотична болест утврђена по први пут на територији друге државе уговорнице.

(2) Ако правни прописи једне државе уговорнице предвиђају да се давања по основу професионалне болести одобравају само онда ако је делатност која може изазвати болест обављена у току једног минималног периода, тада надлежни носилац те државе уговорнице, ако је потребно, узима у обзир период у току којег је делатност обављена и у току којег периода су важили правни прописи друге државе уговорнице.

Члан 19.

Накнаде за професионалне болести

(1) Ако би право на накнаду за професионалну болест постојало према правним прописима обеју држава уговорница, давања се одобравају само према правним прописима оне државе уговорнице на чијој је територији посљедњи пут обављана делатност која је могла узроковати професионалну болест, ако дотично лице испуњава услове предвиђене овим правним прописима.

(2) Ако је лице које болује од професионалне болести примало или прима давања на терет носиоца једне државе уговорнице и ако, након што је према правним прописима друге државе уговорнице обављало делатност која је могла узроковати професионалну болест, због погоршања захтева давања од носиоца друге државе уговорнице, тада носилац прве државе уговорнице и даље сноси трошкове давања без обзира на погоршање, према правним прописима који важе за њега. Надлежни носилац друге државе уговорнице одобрава давање у висини разлике између давања које припада након погоршања и давања које би припадало према његовим правним прописима пре погоршања као да је болест наступила према тим правним прописима.

Поглавље 3.

Старост, инвалидност и смрт
(пензије)

Члан 20.

Сабирање времена осигурања

(1) Ако према правним прописима једне државе уговорнице стицање, очување или поновно успостављање права на давање зависи о оствареном времену осигурања, тада надлежни носилац те државе уговорнице, ако је потребно, узима у обзир остварено време осигурања према правним прописима друге државе уговорнице као да је време осигурања остварено према правним прописима које он примењује, ако се не односи на исто време.

(2) Ако према правним прописима једне државе уговорнице одобравање одређених давања зависи о оствареном времену осигурања у звању за које постоји посебан систем или у некој одређеној струци, или у одређеном запослењу, тада се за одобравање тих давања узимају у обзир остварена времена осигурања према правним прописима друге државе

1719 der Beilagen

55

уговорнице само ако су остварена у одговарајућем систему, односно ако такав систем не постоји, у истој струци или у истом запослењу.

(3) Ако се према правним прописима једне државе уговорнице, период у коме морају бити навршена времена осигурања продужава за време примања пензије, тада се тај период продужава и за одговарајуће време примања пензије према правним прописима друге државе уговорнице.

(4) Ако је према правним прописима Босне и Херцеговине услов за стицање, очување или поновно признавање права на давања, постојање одређених чињеничних стања, исто важи и за одговарајућа чињенична стања у Аустрији.

(5) При провођењу ставова 1. и 2. овог члана, аустријски носилац прерачунава босанскохерцеговачка времена осигурања изражена у данима у месеце, при чему 30 дана одговара једном месецу. Преостали дани рачунају се при том као цео месец.

Члан 21.

Времена осигурања испод једне године

(1) Ако времена осигурања која се узимају у обзир према правним прописима државе уговорнице не буду остварена за укупно 12 месеци за обрачун давања, тада се према тим правним прописима неће признати никакво давање. Ово није случај ако према тим правним прописима постоји право на давање на основу тог оствареног времена.

(2) Времена осигурања наведена у ставу 1. овог члана, прва реченица, носилац друге државе уговорнице узмеће у обзир за стицање, очување и поновно успостављање права на давање, као и његовог обима, на начин као да је то време остварено према правним прописима које примењује.

Члан 22.

Утврђивање аустријских давања

(1) Ако према аустријским правним прописима постоји право на давање и без примене члана 20. овог споразума, надлежни аустријски носилац треба да утврди давање искључиво на основу времена осигурања које се узима у обзир према аустријским правним прописима.

(2) Ако према аустријским правним прописима постоји право на давање само уз примену члана 20. овог споразума, надлежни аустријски носилац утврђује давање искључиво на основу времена осигурања које се узима у обзир према аустријским правним прописима, узимајући у обзир следеће одредбе:

1. Давања или делови давања чији износ није зависан од трајања оствареног времена осигурања, припадају у односу између времена осигурања које се узима у обзир за израчунавање давања према аустријским правним прописима и 30 година, али максимално до висине пуног износа.
2. Ако се приликом израчунавања давања на инвалидност или за наследнике треба узети у обзир и постојеће време након настанка осигураног случаја, тада то време треба узети само у односу у коме се време осигурања које се узима у обзир за израчунавање давања према аустријским правним прописима налази према двема трећинама пуних календарских месеци од навршене 16. године живота тог лица до

настанка осигураног случаја, али максимално до висине пуног износа.

3. Тачка 1. овог става не важи:

а) за давања из допунског осигурања;

б) за давања или делове давања који зависе од прихода, а служе за обезбеђење минималног прихода.

Члан 23.

Утврђивање давања Босне и Херцеговине

(1) Ако према правним прописима Босне и Херцеговине постоји право на давање и без примене члана 20. овог споразума, тада надлежни босанскохерцеговачки носилац утврђује давање искључиво на основу времена осигурања које узима у обзир према правним прописима Босне и Херцеговине.

(2) Ако према правним прописима Босне и Херцеговине постоји право на давање само уз примену члана 20. овог споразума, надлежни босанскохерцеговачки носилац утврђује давања на следећи начин:

1. Прво обрачуна теоретски износ давања на који би осигураник имао право кад би сва сабрана времена осигурања која треба узети у обзир према правним прописима обеју држава уговорница била навршена према правним прописима Босне и Херцеговине.

2. Босанскохерцеговачки носилац утврђује стварни износ давања на који осигураник има право тако да теоретски износ давања из става 2. тачка 1. овог члана своди на однос између трајања времена осигурања навршеног у смислу правних прописа које он примењује и укупно сабраних времена осигурања према правним прописима обеју држава уговорница.

(3) Ако је укупно трајање времена осигурања у обе државе уговорнице дуже од најдужега трајања времена прописаног правним прописима Босне и Херцеговине, за израчунавање највећег износа давања из става 2. тачке 1. и 2. овог члана, босанскохерцеговачки носилац узима у обзир то најдуже трајање уместо укупно сабраних времена осигурања.

1719 der Beilagen

57

Поглавље 4.**Незапосленост****Члан 24.****Сабирање времена осигурања**

(1) Остварена времена осигурања, према правним прописима једне државе уговорнице, узимају се у обзир код права на давање при незапослености према правним прописима друге државе уговорнице, ако је незапослени у држави уговорници у којој остварује право на једно такво давање у задњих дванаест месеци пре подношења захтева на то давање био осигуран укупно најмање 26 седмица, без повреде прописа о запошљавању страних радника.

(2) У ставу 1. овог члана утврђени услови о минималном времену осигурања од 26 седмица не важе за незапослене чије је запослење било предвиђено на дуже време, ако је прекинуто прије навршених 26 седмица, не њиховом кривицом, или који имају држављанство оне државе уговорнице у којој су поднели захтев на давање.

Члан 25.**Трајање давања**

Трајање давања се скраћује за оно време за које је незапослени у другој држави уговорници у последњих 12 месеци пре дана подношења захтева већ остварио давање за незапосленост.

ГЛАВА IV**РАЗНЕ ОДРЕДБЕ****Члан 26.****Обавезе надлежних органа, административна и правна помоћ**

(1) Надлежни органи ће у договору регулисати управне мере потребне за провођење овог споразума.

(2) Надлежни органи обеју држава уговорница ће обавештавати једни друге:

- а) о свим мерама предузетим за примену овог споразума;
- б) о свим изменама њихових правних прописа које се односе на примену овог споразума.

(3) Код примене овог споразума органи и носиоци држава уговорница међусобно ће се потпомагати и деловати као да примењују своје властите правне прописе. Ова административна помоћ је бесплатна.

(4) Носиоци осигурања и органи држава уговорница у сврху примене овог споразума могу да ступају у контакте једни са другим, са лицима у поступку или њиховим пуномоћницима.

(5) Носиоци осигурања и органи једне државе уговорнице не смеју одбити захтеве и остале поднеске који им стигну због тога што су састављени на једном од службених језика друге државе уговорнице.

(6) Лекарски прегледи који се обављају у провођењу правних прописа једне државе уговорнице, а односе се на лица која бораве на територији друге државе уговорнице или тамо имају пребивалиште, биће обављени на захтев и терет надлежног носиоца од стране носиоца одређеног према месту пребивалишта или боравка. Ако се лекарски прегледи проводе у интересу носиоца обеју држава уговорница, тада се трошкови неће надокнађивати.

(7) За судску правну помоћ важе одредбе које се примењују за правну помоћ у грађанским правним стварима.

Члан 27.

Контактне службе

Надлежни органи треба да у циљу олакшавања провођења овог споразума, а посебно ради успостављања једноставне и брзе везе између оба носиоца који долазе у обзир, образују контактне службе.

Члан 28.

Ослобађање од пореза и овере

(1) Свако у прописима једне државе уговорнице предвиђено ослобађање или смањење пореза, судских и такси за писмене поднеске или документа, који треба да се приложе код примене ових правних прописа, односи се на одговарајуће писмене поднеске и документа који треба да се приложе у примени овог споразума или правних прописа друге државе уговорнице.

(2) Исправе, документа и писмени поднесци сваке врсте, који се морају приложити у примени овог споразума, не треба да буду оверени.

Члан 29.

Подношење писмених поднесака

(1) Захтеви, изјаве или правна средства која се у примени овог споразума, или правних прописа једне државе уговорнице, треба да поднесу неком органу, носиоцу или другој надлежној институцији једне државе уговорнице, сматрају се као захтеви, изјаве или правна средства поднесена органу, носиоцу или другој надлежној институцији друге државе уговорнице.

(2) Захтев поднет према правним прописима једне државе уговорнице за неко давање, важи и као захтев за неко одговарајуће давање према правним прописима друге државе уговорнице које долази у обзир на основу овог споразума. Ово није случај ако подносилац захтева изричито захтева да се утврђивање стеченог давања код старости, према правним прописима друге државе уговорнице, одгоди.

1719 der Beilagen

59

(3) Захтеви, изјаве или правна средства која у примени правних прописа једне државе уговорнице треба да се поднесу у одређеном року неком органу, носиоцу или другој надлежној институцији те државе уговорнице, могу у истом року бити поднесени одговарајућој служби друге државе уговорнице.

(4) У случајевима из ставова 1. до 3. овог члана, прослеђује дотична служба те захтеве, изјаве или правна средства, било непосредно или путем контактних служби држава уговорница, без одлагања одговарајућој надлежној служби друге државе уговорнице.

Члан 30.

Платни промет

(1) Носиоци обавезни за новчана давања могу извршити плаћања овлашћеним у другој држави уговорници са ослобађајућим дејством у валути која важи у њиховој држави.

(2) Накнаде предвиђене овим споразумом исплаћују се у валути државе уговорнице у којој своје седиште има носилац који је одобрио давање.

(3) Дознаке на основу овог споразума врше се на основу договора о плаћању који важи на овом подручју у обе државе уговорнице у тренутку дозначавања.

Члан 31.

Извршни поступак

(1) Извршне одлуке судова као и извршна решења и исправе носиоца или органа једне државе уговорнице о доприносима и осталим потраживањима из социјалног осигурања, признају се у другој држави уговорници.

(2) Признавање се може одбити само онда ако је оно у супротности са јавним поретком државе уговорнице у којој се треба признати одлука или исправа.

(3) Извршне исправе и одлуке признате према ставу 1. овог члана извршавају се у другој држави уговорници. Извршни поступак проводи се према правним прописима који важе у држави уговорници на чијој територији се проводи извршење донесених одговарајућих одлука и исправа. Примерак одлуке или исправе мора да садржи потврду њене извршности (клаузула о извршењу).

Члан 32.

Обрачун аконтације

(1) Ако је носилац једне државе уговорнице платио аконтацију, тада се може задржати исплата заостатка одговарајућег давања за исти временски период за који постоји право према правним прописима друге државе уговорнице. Ако је носилац једне државе уговорнице за период за који је носилац друге државе уговорнице требао извршити накнадно одговарајуће давање и платио давање више него припада, тада тај износ који прелази то давање важи до висине износа који се накнадно треба исплатити као аконтација у смислу овог става.

(2) Ако носилац социјалне помоћи једне државе уговорнице одобри неко давање у току једног периода за који је накнадно према правним прописима друге државе уговорнице

60

1719 der Beilagen

признато право на новчана давања, тада надлежни носилац те државе уговорнице, на захтев и за рачун носиоца социјалне помоћи, задржава накнадна плаћања доспела за исти период до висине исплаћених давања на име социјалне помоћи као да се ту ради о исплаћеном давању од носиоца социјалне помоћи друге државе уговорнице.

Члан 33.

Накнада штете

(1) Ако лице које треба остварити давања према правним прописима једне државе уговорнице на име штете која је настала на територији друге државе уговорнице, према чијим правним прописима има право на накнаду штете од трећег лица, тада захтев за накнаду штете прелази на носиоца прве државе уговорнице према за њега важећим правним прописима.

(2) Ако право на накнаду штете у погледу истоврсних давања по основу истог случаја припадају како носиоцу једне државе уговорнице тако и носиоцу друге државе уговорнице, тада може треће лице да удовољи захтевима који су према ставу 1. овог члана прешли на оба носиоца, са ослобађајућим дејством кроз плаћање једном или другом носиоцу. У међусобном односу носиоци се требају сразмерно намирити према двањима која требају исплатити.

Члан 34.

Договарање око спорова

Спорови између држава уговорница око тумачења или примене овог споразума требају се, ако је могуће, решити договором између надлежних органа држава уговорница.

ГЛАВА V

ПРЕЛАЗНЕ И ЗАВРШНЕ ОДРЕДБЕ

Члан 35.

Прелазне одредбе

(1) Овај споразум не даје право на давања за период пре његовог ступања на снагу или за лица из члана 37. став 3. овог споразума пре 1. октобра 1996. године.

(2) Ради утврђивања права на давања према овом споразуму узимају се у обзир времена осигурања која су према правним прописима једне државе уговорнице остварена пре ступања на снагу овог споразума.

(3) Не доводећи у питање став 1. овог члана, Споразум важи и за случајеве осигурања који су наступили пре његовог ступања на снагу ако раније утврђена давања нису надокнађена плаћањем главнице.

(4) Давања која су утврђена пре ступања на снагу овог споразума или за лица из члана 37. став 3. овог споразума пре 1. октобра 1996. године, не морају се поново утврђивати.

(5) Ако се за лице које није обухваћено чланом 37. став 3. овог споразума захтевају давања у року од две године након ступања на снагу овог споразума, тада се давања требају признати од ступања на снагу овог споразума без могућности да се дотичном лицу признају рокови искључења или застаре, а иначе од дана који је одређен према правним прописима обеју држава уговорница.

Члан 36.

Регулисања терета осигурања

(1) Носиоци осигурања у Аустрији преузимају сва очекивана или стечена права лица која су 1. јануара 1956. године била аустријски држављани или која су према аустријским правним прописима у области социјалног осигурања била призната као "фолксдојчери", под условима да дотична лица 1. јануара 1956. године на подручју Аустрије нису само привремено боравила, ако су та очекивана или стечена права настала на основу времена осигурања остварених пре 1. јануара 1956. године у бившем југословенском социјалном осигурању (пензијско или инвалидско осигурање).

(2) Носиоци осигурања Босне и Херцеговине преузимају сва очекивана или стечена права босанскохерцеговачких држављана који су као југословенски држављани имали пребивалиште на подручју бивше Југославије на дан 1. јануара 1956. године, ако су очекивана или стечена права настала на основу времена осигурања остварених пре 1. јануара 1956. године у аустријском социјалном осигурању (пензијско осигурање или осигурање за случај несреће на послу).

(3) Ако треба преузети права на давања, тада важе општи услови за одговарајућа давања као испуњени. При томе се за обрачун давања узима у обзир време осигурања на коме се заснива преузето давање. Ако то време не достигне дужину времена чекања које је потребно за одговарајуће пензије, тада се за обрачун давања узима у обзир време у дужини тог времена чекања.

(4) Ради узимања у обзир очекиваних или стечених права на давања из аустријског пензијског или осигурања код несрећа на послу, треба применити правне прописе аустријског Савезног закона од 22. новембра 1961. године о стеченим или очекиваним правима на давања из пензијског осигурања и осигурања за случај несреће на послу по основу запослења у иностранству.

62

1719 der Beilagen

(2) Овај споразум ступа на снагу првог дана наредног месеца након истека месеца у коме су размењена ратификациона документа.

(3) Одредбе овог споразума које се односе на стицање и одобравање давања из социјалног осигурања, треба од 1. октобра 1996. године применити на лица на која се примењивао Споразум о социјалном осигурању између две државе уговорнице који је важио до тог рока. Ако се у времену пре ступања на снагу овог споразума у погледу одобравања давања у натури поступало другачије тиме је ствар решена.

Члан 38.

Престанак важења

(1) Овај споразум се закључује на неодређено време. Свака држава уговорница може га уз поштивање рока од три месеца до краја календарске године писмено дипломатским путем отказати.

(2) У случају отказивања овог споразума остају права стечена овим споразумом очувана.

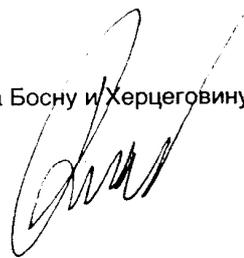
У ПОТВРДУ ТОГА опуномоћеници су потписали овај споразум и оверили га печатима.

САСТАВЉЕНО у Сарајеву, дана 12. фебруара 1999. године у два оригинала на службеним језицима Босне и Херцеговине и њемачком језику, при чему су сви текстови једнако веродостојни.

За Републику Аустрију:



За Босну и Херцеговину:



Vorblatt

Problem:

Die Kündigung des Abkommens über soziale Sicherheit mit Bosnien und Herzegowina zum 30. September 1996 ist zur Sicherstellung des Entfalls der Zahlung von österreichischen Familienbeihilfen für Kinder in Bosnien und Herzegowina erfolgt, da das Abkommen eine Teilkündigung nur für den Bereich der Familienbeihilfen nicht ermöglicht hat. Mit der Kündigung sind auch die Regelungen in den anderen Bereichen außer Kraft getreten, für deren Weiteranwendung der Abschluß eines entsprechend eingeschränkten Abkommens erforderlich ist.

Ziel und Inhalt:

Durch das vorliegende neue Abkommen wird der bisherige Schutz im Bereich der Kranken-, Unfall- und Pensionsversicherung sowie der Arbeitslosenversicherung mit im wesentlichen gleichem materiell-rechtlichen Inhalt aufrechterhalten, in formaler Hinsicht aber gleichzeitig an die anderen von Österreich in den letzten Jahren geschlossenen Abkommen über soziale Sicherheit angepaßt.

Alternativen:

Keine.

Kosten:

Keine.

EG-Konformität:

Hinsichtlich von Abkommen über soziale Sicherheit mit Drittstaaten stehen keine EG-Vorschriften in Kraft, sodaß auch die durch EG-Recht gebundenen Staaten einen diesbezüglichen Gestaltungsspielraum haben.

Erläuterungen

Allgemeiner Teil

1. Allgemeine Überlegungen

Das vorliegende Abkommen über soziale Sicherheit mit Bosnien und Herzegowina hat gesetzändernden und Gesetzesergänzenden Charakter und bedarf daher gemäß Art. 50 Abs. 1 B-VG der Genehmigung durch den Nationalrat. Es hat nicht politischen Charakter und ist der unmittelbaren Anwendung im innerstaatlichen Rechtsbereich zugänglich, sodaß eine Erlassung von Gesetzen gemäß Art. 50 Abs. 2 B-VG nicht erforderlich ist. Das Abkommen enthält keine verfassungsändernden oder verfassungsergänzenden Bestimmungen. Eine Zustimmung des Bundesrates gemäß Art. 50 Abs. 1 zweiter Satz B-VG ist nicht erforderlich, da keine Angelegenheiten geregelt werden, die den selbständigen Wirkungsbereich der Länder betreffen.

2. Das Abkommen im allgemeinen

Die Kündigung des im Verhältnis zu Bosnien und Herzegowina weiter angewendeten Abkommens über soziale Sicherheit mit der ehemaligen Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien vom 19. November 1965 in der Fassung der Zusatzabkommen vom 19. März 1979 und 11. Mai 1988, BGBl. Nrn. 289/1966, 81/1980 und 269/1989 (im folgenden als "bisheriges Abkommen" bezeichnet), ist zur Sicherstellung des Entfalls der Zahlung von österreichischen Familienbeihilfen für Kinder in Bosnien und Herzegowina erfolgt, da eine Teilkündigung nur für den Bereich der Familienbeihilfen nicht möglich war.

Mit der Kündigung zum 30. September 1996 (BGBl. Nr. 347/1996) sind auch die Regelungen in den anderen Bereichen außer Kraft getreten. Durch den Abschluß des vorliegenden neuen Abkommens werden die Bestimmungen in diesen anderen Bereichen (Kranken-, Unfall- und Pensionsversicherung sowie Arbeitslosengeld) entsprechend dem bisherigen Abkommen geregelt.

Hinsichtlich des persönlichen Geltungsbereiches des Abkommens ist darauf hinzuweisen, daß das bisherige Abkommen auf die Staatsangehörigen aller ehemaligen sechs Teilrepubliken des ehemaligen Jugoslawien anzuwenden war und daher eine Einschränkung des neuen Abkommens nur auf die beiderseitigen Staatsangehörigen eine wesentliche Einschränkung bedeutet hätte. Das Abkommen umfaßt daher wie der Großteil der anderen von Österreich geschlossenen Abkommen über soziale Sicherheit ohne Rücksicht auf ihre Staatsangehörigkeit alle Personen, die nach den Rechtsvorschriften eines der beiden Vertragsstaaten versichert sind oder waren, sowie ihre Angehörigen und Hinterbliebenen.

Im Bereich der Pensionsversicherung wird wie bereits in den Zusatzabkommen mit Kanada und den USA (BGBl. Nr. 570/1996 bzw. 779/1996) im Hinblick auf eine wesentliche Vereinfachung der Pensionsberechnung in allen zwischenstaatlichen Fällen anstelle der bisher vorgesehenen Berechnung entsprechend dem Zeitenverhältnis ("Pro-rata-temporis-Berechnung") die Berechnung der österreichischen Leistungen ausschließlich auf der Grundlage der österreichischen Versicherungszeiten vorgesehen ("Direktberechnung").

Darüber hinaus schließt das neue Abkommen im Bereich der Krankenversicherung in Anpassung an die entsprechenden Regelungen im Art. 22 der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 eine gezielte Inanspruchnahme einer ärztlichen Betreuung im anderen Vertragsstaat ohne Genehmigung des zuständigen Trägers aus.

Zusammenfassend sieht das vorliegende neue Abkommen vor:

- a) eine Rechtsgrundlage für die weiteren Beziehungen zwischen Österreich und Bosnien und Herzegowina im Bereich der Kranken-, Unfall- und Pensionsversicherung sowie hinsichtlich des Arbeitslosengeldes,
- b) eine formale Neugestaltung des Abkommens insbesondere im Bereich der Krankenversicherung sowie durch die Einbeziehung der Bestimmungen des Schlußprotokolls in das Abkommen,
- c) die zwischenstaatliche Pensionsberechnung in allen Fällen durch Direktberechnung und
- d) seine rückwirkende Anwendung unmittelbar im Anschluß an das Außerkrafttreten des bisherigen Abkommens.

3. Finanzielle Auswirkungen

Hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen ist zunächst darauf hinzuweisen, daß die Kündigung des bisherigen Abkommens zur Sicherstellung des Entfalls der Zahlung von österreichischen Familienbeihilfen für Kinder in Bosnien und Herzegowina erfolgt ist, woraus sich eine jährliche Einsparung von rund 55 Millionen Schilling ergibt.

In den anderen Bereichen (Kranken-, Unfall- und Pensionsversicherung sowie Arbeitslosengeld) wurde das vorliegende Abkommen zwar in formaler Hinsicht an die in jüngster Zeit geschlossenen neuen Abkommen angepaßt, in materiell-rechtlicher Hinsicht entspricht es aber im wesentlichen den Regelungen des bisherigen Abkommens.

In diesem Zusammenhang ist hinsichtlich der Ausweitung des persönlichen Geltungsbereiches des Abkommens zu berücksichtigen, daß sich dieser bereits bisher auf alle Staatsangehörigen der Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien bezogen hat und sich daher aus dieser Ausweitung mangels Fluktuation anderer Staatsangehöriger zwischen den beiden Vertragsstaaten im Bereich der Pensionsversicherung praktisch keine finanziellen Auswirkungen ergeben werden.

Darüber hinaus ist im vorliegenden Abkommen wie bereits im Verhältnis zu anderen Vertragsstaaten die Berechnung der österreichischen Pensionen in allen Fällen ausschließlich auf der Grundlage der österreichischen Versicherungszeiten ("Direktberechnung") vorgesehen. Diese Direktberechnung, die in Fällen, in denen allein auf Grund der österreichischen Versicherungszeiten ein Leistungsanspruch besteht, auf Grund des Inkrafttretens des EG-Rechts bereits seit 1. Jänner 1994 angewendet wird, dient in erster Linie einer wesentlichen Verwaltungsvereinfachung, hat insbesondere aber auch der nicht unwesentlichen Erhöhung der österreichischen Teilpensionen im Rahmen der "Pro-rata-temporis-Berechnung" bei Vorliegen von Kindererziehungszeiten Rechnung getragen. Die sich aus der Direktberechnung in diesen Fällen ergebenden Einsparungen wurden bereits ab 1. September 1996 durch die neue Gesamtbemessungsgrundlage (§ 240 ASVG in der Fassung des Strukturanpassungsgesetzes 1996, BGBl. Nr. 201/1996) vorweggenommen. Gleichzeitig wurde durch das Strukturanpassungsgesetz 1996 die sich aus der Direktberechnung auf Grund der unterschiedlichen Steigerungsbeträge ergebende geringfügige Erhöhung bei Vorliegen von mehr als 30 Versicherungsjahren von bisher maximal 4,05% auf maximal 1,55% der nunmehr in der Regel niedrigeren Gesamtbemessungsgrundlage reduziert (ohne Verminderung oder Erhöhung auf Grund vorzeitiger oder späterer Inanspruchnahme der Leistung).

Insgesamt wird sich aus der Durchführung des neuen Abkommens daher gegenüber der Rechtslage vor der Kündigung des bisherigen Abkommens weder eine Vermehrung des Personalaufwandes noch ein finanzieller Mehraufwand (Beitrag des Bundes zu den einzelnen Zweigen der Pensionsversicherung) ergeben.

Besonderer Teil

Die einzelnen Bestimmungen des vorliegenden neuen Abkommens entsprechen im wesentlichen dem bisherigen Abkommen, wurden aber in formaler Hinsicht an die anderen von Österreich in den letzten Jahren geschlossenen Abkommen über soziale Sicherheit angepaßt. Gleichzeitig wurden die einzelnen Regelungen des bisherigen Schlußprotokolls zu den entsprechenden Bestimmungen des Abkommens aufgenomen. Im folgenden werden die Bestimmungen des neuen Abkommens mit den entsprechenden Bestimmungen des bisherigen Abkommens gegenübergestellt, gleichzeitig wird auf die wesentlichsten Unterschiede hingewiesen, hinsichtlich der formalen Neugestaltung insbesondere auf die bisherigen Abkommen mit Kroatien und Slowenien (BGBl. Nr. 594/1994 und 589/1993).

Allgemeine Bestimmungen:

Art. 1 = Art. 1 (Begriffsbestimmungen).

Art. 2 = Art. 2 (sachlicher Geltungsbereich):

Unter Berücksichtigung der Kündigung des bisherigen Abkommens enthält das neue Abkommen keine Regelungen mehr betreffend den Bereich der Familienbeihilfen.

Art. 3 = Art. 3 (persönlicher Geltungsbereich):

Wie bereits einleitend darauf hingewiesen wurde, war das bisherige Abkommen auf die Staatsangehörigen aller ehemaligen sechs Teilrepubliken des ehemaligen Jugoslawien anzuwenden. Daher ist die Anwendung des Abkommens wie im Großteil der anderen von Österreich geschlossenen Abkommen im persönlichen Geltungsbereich nicht beschränkt.

Art. 4 = Art. 4 und Z 3 des Schlußprotokolls (Gleichbehandlung der Staatsangehörigen).

Art. 5 = Art. 5 und Z 4 des Schlußprotokolls (Gebietsgleichstellung).

Bestimmungen über die anzuwendenden Rechtsvorschriften:

Art. 6 = Art. 6 (Territorialitätsprinzip):

Die neue Bestimmung des Abs. 2 betreffend die generelle Zuordnung der Beamten zum Herkunftsstaat entspricht der diesbezüglichen EG-Regelung [Art. 13 Abs. 2 lit. d der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71].

Art. 7 = Art. 8 (Ausnahmen).

Art. 8 = Art. 8a (diplomatisches Personal):

Die Bestimmung wird in formaler Hinsicht an die EG-Regelungen [Art. 16 Abs. 1 und 2 der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71] angepaßt.

Art. 9 = Art. 9 (Ausnahmereinbarungen).

Krankheit und Mutterschaft:

Art. 10 = Art. 10 (Zusammenrechnung der Versicherungszeiten).

Art. 11 = Art. 12 Abs. 1 bis 4 und 6, Art. 13 und Z 6 des Schlußprotokolls (aushilfsweise Sachleistungsgewährung):

In formaler Hinsicht wurden die Bestimmungen betreffend die aushilfsweise Sachleistungsgewährung während eines vorübergehenden Aufenthalts oder bei Wohnort im anderen Vertragsstaat in einem Artikel zusammengefaßt und an die EG-Regelungen [Art. 22 Abs. 1 der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71] angepaßt.

Art. 12 = Art. 12 Abs. 5 (Geldleistungen).

Art. 13 = Art. 14 (Krankenversicherung der Pensionisten):

Die formale Neufassung dient einer sprachlichen Verbesserung.

Art. 14 = Art. 15 (aushelfender Träger).

Art. 15 = Art. 16 und Z 8 des Schlußprotokolls (Kostenerstattung).

Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten:

Art. 16 = Art. 24 (aushilfsweise Sachleistungsgewährung).

Art. 17 = Art. 24a (Wegunfälle).

Art. 18 = – (Berufskrankheiten):

Die in diesem Artikel vorgesehenen ergänzenden Regelungen betreffend die Entschädigung von Berufskrankheiten stellen international übliche Bestimmungen dar und waren auch bereits in die bisherigen Abkommen mit Kroatien und Slowenien (jeweils Art. 17) aufgenommen worden.

Art. 19 = Art. 23 (Entschädigung von Berufskrankheiten):

Die Regelungen betreffend die Entschädigung von Berufskrankheiten bei Ausübung von Expositionszeiten in beiden Vertragsstaaten sowie bei einer Verschlimmerung wurden in formaler Hinsicht an die entsprechenden Bestimmungen in den anderen von Österreich geschlossenen Abkommen angepaßt, wie dies auch bereits in den bisherigen Abkommen mit Kroatien und Slowenien (jeweils Art. 18) der Fall war.

Alter, Invalidität und Tod (Pensionen):

Art. 20 = Art. 18 Abs. 1 und 2 sowie Z 10 lit. A/2/a des Schlußprotokolls (Zusammenrechnung der Versicherungszeiten):

Ergänzend zu den bisherigen generellen Bestimmungen (Abs. 1 und 2) sieht Abs. 3 eine ergänzende bilaterale Bestimmung betreffend neutrale Zeiten vor, die bisher nur unilateral für die österreichische Seite vorgesehen war (Z 10 lit. A/2/a des Schlußprotokolls). Darüber hinaus sieht Abs. 4 eine ergänzende unilaterale bosnische Regelung betreffend die Gleichstellung leistungsrelevanter Tatbestände vor und Abs. 5 eine ergänzende Regelung betreffend die Umrechnung bosnischer Versicherungszeiten, wie sie auch bereits in die bisherigen Abkommen mit Kroatien und Slowenien (jeweils Art. 21 Z 3) aufgenommen worden war.

Art. 21 = Art. 18 Abs. 3 (Mindestversicherungszeit).

Art. 22 = Art. 19 Abs. 2 und 3, Art. 21 und Z 10 lit. A des Schlußprotokolls (Feststellung der österreichischen Leistungen):

Abs. 1 trägt dem im EG-Recht im Bereich der Pensionsversicherung innewohnenden Grundsatz Rechnung, nach dem innerstaatlich gebührende Leistungsansprüche durch zwischenstaatliche Regelungen nicht gemindert werden dürfen, und der auch bereits in die bisherigen Abkommen mit Kroatien und Slowenien (jeweils Art. 20 Abs. 1 lit. e) aufgenommen worden war.

Abs. 2 sieht die Berechnung der österreichischen Leistungen ausschließlich auf Grund der österreichischen Versicherungszeiten ("Direktberechnung") anstelle der bisherigen Berechnung im Zeitenverhältnis ("Pro-rata-temporis-Berechnung") auch in den zwischenstaatlichen Fällen vor, in denen der Leistungsanspruch nur unter Berücksichtigung der bosnischen Versicherungszeiten besteht. Diese einer wesentlichen Vereinfachung der Pensionsberechnung dienende Direktberechnung entspricht wörtlich den bereits im Verhältnis zu anderen Vertragsstaaten getroffenen Regelungen [zB Art. 11 der Abkommen mit Kanada und den USA in der Fassung der Zusatzabkommen vom 12. September 1995 bzw. 5. Oktober 1995 (BGBl. Nr. 570/1996 bzw. 779/1996)].

Art. 23 = Art. 19 Abs. 3 (Feststellung der bosnischen Leistungen).

Arbeitslosigkeit:

Art. 24 = Art. 25 Abs. 1 und 2 (Zusammenrechnung der Versicherungszeiten).

Art. 25 = Art. 25 Abs. 3 (Bezugsdauer).

Verschiedene Bestimmungen:

Ohne wesentliche materiell-rechtliche Änderungen wurden die Art. 26 bis 34 insbesondere in formaler Hinsicht an die diesbezüglich bereits in den bisherigen Abkommen mit Kroatien und Slowenien getroffenen Regelungen (jeweils Art. 31 bis 39) angepaßt:

Art. 26 Abs. 1 = Art. 35 Abs. 1 erster Satz (Durchführungsvereinbarung).

Art. 26 Abs. 2 = Art. 35 Abs. 2 (Rechtsänderungen).

Art. 26 Abs. 3 = Art. 35 Abs. 3 (Amtshilfe).

Art. 26 Abs. 4 = – (Direktverkehr).

Art. 26 Abs. 5 = Art. 40 (Amtssprachen).

Art. 26 Abs. 6 = Art. 36 (ärztliche Untersuchungen).

Art. 26 Abs. 7 = – (gerichtliche Rechtshilfe).

Art. 27 = Art. 35 Abs. 1 zweiter Satz (Verbindungsstellen).

Art. 28 = Art. 39 (Gebührenbefreiungen).

Art. 29 = Art. 41 (Antragsgleichstellung).

Art. 30 = Art. 42 (Zahlungsverkehr).

Art. 31 = Art. 37 und 37a (Vollstreckungshilfe).

Art. 32 = Art. 44 (Verrechnung von Vorschüssen).

Art. 33 = Art. 38 (Übergang von Schadenersatzansprüchen).

Art. 34 = Art. 43 (Streitbeilegung).

Übergangs- und Schlußbestimmungen:

Art. 35 = Art. 45 (Übergangsbestimmungen).

Art. 36 = Art. 33 und 34 sowie Z 14 und 15 des Schlußprotokolls (Versicherungslastregelungen).

Art. 37 = Art. 46 und 47 (Inkrafttreten):

Die Kündigung des bisherigen Abkommens ist ausschließlich zur Sicherstellung des Entfalls der Zahlung von österreichischen Familienbeihilfen für Kinder in Bosnien und Herzegowina erfolgt. Zur Wahrung der Rechte der vom bisherigen Abkommen erfaßten Berechtigten in den anderen Bereichen sieht Abs. 3 daher für diesen Personenkreis eine rückwirkende Anwendung des Abkommens unmittelbar im Anschluß an das Außerkrafttreten des bisherigen Abkommens vor.

Art. 38 = Art. 48 und 49 (Außerkrafttreten).